Nr. 139 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 70

Morgen-Ausgabe

70 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60,— M., monatl. 20,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Westpolen, Oesterreich u. Luxemburg 34,— M., für das übrige Ausland 72,— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 23. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Der Wortlaut der Pariser Note.

Die Entscheidung der Reparationskommission war gestern abend in ihrem Wortlaut noch nicht bekannt. Alle Kommentare können sich daher in diesem Augenblick nur auf die vorläufigen summarischen Mitteilungen des WTB. beziehen, die wir in unserem gestrigen Abendblatt wiedergegeben haben.

Nach diesen Mitteilungen stellt die Reparationskommission an die deutsche Regierung eine Reihe von Forderungen, die als Bedingungen für die Gewährung einer Zahlungserleichterung im laufenden Jahre zu gelten haben. Werden diese Bedingungen erfüllt, so bleibt uns die Pflicht, in diesem Jahre in Gold- und Sachleistungen eine Summe von 2170 Millionen Goldmark zu zahlen. Bleiben sie unerfüllt, so erhöht sich der Betrag auf die Summe, die im Londoner Finanzdiktat vorgesehen ist, also um etwa 1000 Millionen Goldmark. Offen bleibt die Frage, was geschieht, wenn Deutschland abermals mit seinen Verpflichtungen im Rückstand bleibt, was ja in dem einen wie im anderen Falle passieren kann. Die Reparationskommission würde sich dann abermals mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben, und sie hätte dann den beteiligten Mächten die zu ergreifenden Maßnahmen vorzuschlagen. Die Entscheidung hinge dann von den Regierungen der Alliierten ab.

Es handelt sich danach anscheinend nicht um ein Diktat der Form nach, wenn auch offenbar in der Sache ein Diktat beabsichtigt wird. Es wird — soweit aus dem Inhalt der WTB.-Meldung zu ersehen ist — von Deutschland keine neue Unterzeichnung, keine neue Erklärung verlangt, sondern Deutschland wird vor die Wahl gestellt, entweder die neuen Bedingungen zu erfüllen, oder aber sich darauf einzurichten, daß es die ursprünglichen Bestimmungen des Londoner Diktats ausführen muß und für eine etwaige Nichtausführung dieser Bestimmungen verantwortlich gemacht werden wird.

Somit scheint es — wir wollen uns vorsichtig ausdrücken —, als ob sich ein neuer Raum für Verhandlungen öffnet. Ihr Ziel muß sein, den Verhandlungsgegnern und der gesamten Weltöffentlichkeit darzulegen, daß die Entscheidung der Reparationskommission von Deutschland unmögliches verlangt, und daß es ein Unrecht und ein Schaden für die gesamte Weltwirtschaft wäre, wenn man Deutschland für die Nichtausführung eines unmöglichen Auftrags verantwortlich machen wollte.

Der Ertrag der neuen Steuern, die im Reichstag jetzt beraten werden, ist, ausschließlich der Zwangsanleihe, auf nahezu eine Milliarde Goldmark zu schätzen. Er stellt also eine ganz erhebliche Anstrengung der deutschen Volkswirtschaft dar, und jeder Sachverständige muß sich selber sagen, daß es richtig ist, diese neuen Maßnahmen sich erst erproben und auswirken zu lassen, bevor man zu schwereren übergeht. Die Entscheidung der Reparationskommission will aber den Ossa auf den Pelion türmen und auf die zwei Goldmilliarden der deutschen Finanzreform gleich noch eine dritte hinauflegen. Das hält sie für notwendig, um einen Bedarf zu decken, der gegenüber dem Londoner Finanzdiktat noch um eine Milliarde niedriger ist. Ein deutlicherer Beweis dafür, daß das Londoner Finanzdiktat unmögliches verlangt und daß auch durch vorübergehende „Erleichterungen" nichts geschafft wird, konnte nicht erbracht werden.

Das Reichskabinett konnte sich gestern mit der neuen Reparationsnovelle, die im Text noch nicht vorlag, nicht beschäftigen. Dasselbe gilt für die Fraktionen des Reichstags. Aber soviel steht von vornherein fest, daß die Bewilligung von neuen 60 Milliarden Papiermark nach Abschluß des jetzt zur Beratung stehenden Steuerwerks eine innerpolitische Unmöglichkeit ist. Das Steuerkompromiß ist mit Mühe und Not in den Hafen gebracht worden. Vor die Wahl gestellt, entweder die Erfüllungspolitik scheitern zu lassen oder sich — da die USP. sich der positiven Arbeit versagte — mit der Volkspartei zu gemeinsamen Beschlüssen zusammenzufinden, hat die Sozialdemokratie den zweiten Weg gewählt. Selbst wenn sie wollte, wäre sie nicht imstande, die Mehrheit des Steuerkompromisses auf diesem Wege noch einmal weiterzutreiben. Bei jedem Schritt weiter muß diese Steuermehrheit zerbrechen. Die Bewilligung neuer Steuern könnte also nur durch eine neue Mehrheit erfolgen, und kein Mensch sieht, wo sich eine solche finden könnte.

Die Rechtspresse verkündet triumphierend den Bankerott der Erfüllungspolitik und den nahe bevorstehenden Sturz des Kabinetts Wirth. Die Prophezeiung ist voreilig, kann aber noch Wahrheit werden, wenn die Entente auf der Erfüllung von Unmöglichem besteht und für den Fall der Nichterfüllung mit Gewaltmaßregeln droht. Damit wäre dann die Krise der inneren deutschen und der gesamten auswärtigen Politik eingetreten, die zu vermeiden sich die Sozialdemokratische Partei bisher unter allerschwersten Opfern bemüht hat. Die Sozialdemokratische Partei war bisher, das möge im Ausland nicht verkannt werden, der tragende Pfeiler einer deutschen Politik, die den Weg der Evolution, der allmählich fortschreitenden Entwicklung zur Vernunft suchte. Wird dieser Pfeiler zerbrochen, schwindet in den Massen der deutschen Arbeiter der Glaube, es sei möglich, mit den ehemaligen Gegnern aus dem Weltkrieg zu einer Verständigung zu gelangen, dann wird die ganze Welt ein anderes Gesicht bekommen, und wir bezweifeln stark, ob es ein schöneres sein wird.

Bei der Entscheidung der Reparationskommission haben sogenannte „Finanzsachverständige" gesprochen, die endgültige Entscheidung liegt bei den Politikern Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens und Amerikas. Wir betrachten daher diese Entscheidung nicht als unwiderruflich, nicht als unabänderlich, und vor allem sind wir nicht der Meinung, daß die Staatsmänner der Entente entschlossen sind, die Ausführung des Londoner Finanzdiktats bis zum Wahnsinn und bis zur Katastrophe zu treiben. Die Ereignisse der nächsten Zeit werden zeigen, ob dieser letzte kärgliche Rest von Optimismus in den Tatsachen seine Stütze findet. Fände er sie nicht, dann bestände für alle, die an der Wiedergesundung der Welt gearbeitet haben, ein Grund zu trauern, aber nur Idioten ohne Unterschied der Nation hätten dann einen Grund, sich zu freuen.

•

Der Wortlaut der Pariser Note und des an den Reichskanzler gerichteten Schreibens der Reparationskommission, der in später Abendstunde eintraf, bestätigt — siehe insbesondere Punkt 4 der Note — unsere Annahme, daß Deutschland zunächst für die Nichterfüllung der neuen Forderungen keine andere Folge droht, als das volle Inkrafttreten des Londoner Finanzdiktats. Er enthält auch sonst, soweit eine erste Prüfung ergibt, gegenüber der ersten Meldung keine erhebliche Abweichung, die an unserer sachlichen Stellungnahme etwas ändern könnte.

•

Die Reparationsnote.

Die Note der Reparationskommission vom 21. März an die Deutsche Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

Die Reparationskommission beehrt sich in der Anlage die Entscheidung bekanntzugeben, welche sie im Verlauf ihrer heutigen Sitzung getroffen hat.

gez. Dubois, John Bradbury, Leon Delacroix, M. d'Amelio.

Die Reparationskommission hat von dem Stundungsgesuch, das den Gegenstand des Schreibens des deutschen Reichskanzlers vom 14. Dezember 1921 bildet und von dem am 28. Januar 1922 von der deutschen Regierung zur Unterstützung dieses Gesuchs in Ausführung der Entscheidung der Reparationskommission vom 13. Januar 1922 vorgelegten Schriftstücken Kenntnis genommen; sie hat der deutschen Regierung angemessene Gelegenheit, sich zu äußern, gegeben. Auf Grund der Befugnisse, welche sie nach den Artikeln 234, 236, 240, 248 und 251 und den §§ 12, 19 und 19 bis der Anlage II zu Teil VIII des Vertrages von Versailles besitzt, sowie derjenigen Befugnisse, welche die alliierten Regierungen auf sie übertragen haben, um in ihrem Namen die Ausführung des Artikels 249 des genannten Vertrags sicherzustellen und in der Erwägung, daß die finanzielle Lage, in die die deutsche Regierung sich hat treiben lassen, es ihr nicht ermöglicht, zugleich vollständig die Verpflichtungen Deutschlands für das Jahr 1922, so wie sie sich einerseits aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921, andererseits aus Artikel 249 des Vertrags von Versailles ergeben, zu erfüllen und die Reichsfinanzen in dem beabsichtigten Maße neu zu ordnen, um im Verlauf der weiteren Jahre die regelmäßige Durchführung ihrer Verpflichtungen sicherzustellen, beschließt sie:

Deutschlands Verpflichtungen für 1922.

1. Deutschland hat im Jahre 1922 auf Grund des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 und auf Grund des Artikels 249 des Vertrags von Versailles (ausschließlich der ihm durch die Artikel 8—12 der Vereinbarung vom 28. Juni 1919 (Rheinlandabkommen) zur Last gelegten Leistungen) zu zahlen:

a) in bar 720 Millionen Goldmark.

Einbegriffen sind in dieser Summe die 281 949 920,49 Goldmark, welche sich aus den von Deutschland bereits zur Erfüllung der von ihm durch die Reparationskommission im Jahre 1922 geforderten Zahlungen bewirkten Barzahlungen ergeben.

Die Differenz, d. h. 438 051 079,51 Goldmark ist an nachstehenden Fälligkeitstagen zu zahlen:

18 051 079,51	Goldmark	am 15. April 1922
50 000 000,00	Goldmark	am 15. Mai 1922
50 000 000,00	Goldmark	am 15. Juni 1922
50 000 000,00	Goldmark	am 15. Juli 1922
50 000 000,00	Goldmark	am 15. August 1922
50 000 000,00	Goldmark	am 15. September 1922
50 000 000,00	Goldmark	am 15. Oktober 1922
50 000 000,00	Goldmark	am 15. November 1922
50 000 000,00	Goldmark	am 15. Dezember 1922

Als Barzahlungen, welche auf die vorbezeichneten Fälligkeiten angerechnet werden, sollen alle von Deutschland der Reparationskommission bis einschließlich 15. Dezember 1922 bewirkten baren Leistungen erachtet werden, ebenso alle anderen Summen, welche an die Reparationskommission in bar zu zahlen sind und **nach den Bestimmungen der früher von ihr getroffenen oder noch zu treffenden Entscheidungen** auf die von Deutschland im Verlauf des Jahres 1922 als Annuität nach Festsetzung des Artikels 4 des Zahlungsplans zu bewirkenden Zahlungen gutgeschrieben werden sollen,

b) in Sachleistungen den Gegenwert von 1450 Millionen Goldmark in Waren,

davon 950 an Frankreich und
500 an die anderen Alliierten.

Insoweit als Frankreich oder die anderen alliierten Länder oder ihre Staatsangehörigen solche Lieferungen nach Maßgabe des Verfahrens im Vertrage oder eines anderen von der Reparationskommission gebilligten Verfahrens fordern werden.

Als Sachleistung wird auch der Ertrag der britischen „Reparation Recovery Act" und aller ähnlicher Bestimmungen gelten, welche von anderen alliierten Regierungen in Ausführung der Entscheidung der alliierten Regierungen vom 3. März 1921 getroffen sind **oder noch getroffen werden.**

Sollte die Reparationskommission im Laufe des Jahres 1922 feststellen, daß von Frankreich oder seinen Staatsangehörigen oder von den anderen reparationsberechtigten Mächten oder ihren Staatsangehörigen nach Maßgabe des im Vertrage vorgesehenen oder auf Grund eines von der Reparationskommission gebilligten Verfahrens und in den Grenzen der oben angegebenen Ziffern geforderte Sachleistungen infolge Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organisationen oder infolge von Verstößen gegen das Verfahren des Vertrages oder eines von der Reparationskommission gebilligten Verfahrens nicht ausgeführt worden sind, so werden von Deutschland am Ende des Jahres 1922 an Stelle der nicht ausgeführten Sachleistungen entsprechende Zusatzzahlungen in bar gefordert werden.

2. Die Sachleistungen, welche von Deutschland zwischen dem 1. Mai 1921 und dem 31. Dezember 1922 an eine Macht bewirkt werden, welche wegen ihrer Besatzungsarmee forderungsberechtigt ist, sollen mit Vorrang und entsprechender gleicher Berücksichtigung zum Ausgleich der Kosten der Besatzungsarmeen während desselben Zeitraums verwandt werden. Nur ein etwa verbleibender Restbetrag soll gleichzeitig mit den Barzahlungen zum Ausgleich der Reparationsannuität nach Festsetzung von Artikel 4 des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 gutgeschrieben werden.

Das Moratorium.

3. Der Unterschied zwischen den auf Grund des Zahlungsplans und wegen der Besatzungsarmeen geschuldeten und den 1921 und 1922 tatsächlich bezahlten Summen soll zuzüglich 5 Proz. jährlicher Zinsen eine Schuld Deutschlands bleiben, die über die Annuitäten des Zahlungsplans hinaus von ihm abgedeckt werden soll, sobald die Reparationskommission es dazu in der Lage erachten wird.

Vorbehalte für das Moratorium.

4. Der vorstehend gewährte Aufschub soll zunächst einen provisorischen Charakter haben.

Am 31. Mai wird die Kommission prüfen, was von der deutschen Regierung geschehen ist, um den von der Reparationskommission in ihrem heutigen Schreiben erwähnten Bedingungen Genüge zu leisten; nach dieser Prüfung wird die Kommission den provisorischen Aufschub entweder bestätigen oder für unwirksam erklären.

Wird er für unwirksam erklärt, werden die auf Grund der Entscheidung vom 13. Januar 1922 und der gegenwärtigen Entscheidung vorläufig gestundeten Summen eingefordert werden können und müssen in den auf die Ungültigkeitserklärung folgenden 14 Tagen bei Vermeidung der Inkraftsetzung des in § 17 der Anlage II des Teils VIII des Vertrags vorgesehenen Verfahrens gezahlt werden.

Sollte im Falle der Bestätigung des Aufschubs die Reparationskommission zu einem späteren Zeitpunkt eine Verfehlung Deutschlands bei Erfüllung der im einzelnen aufgeführten Bedingungen feststellen, so würde der Aufschub für ungültig erklärt, und der Zahlungsplan, so wie er Deutschland am 5. Mai 1921 mitgeteilt worden ist, vom Tage der Ungültigkeitserklärung des Aufschubs wieder in Kraft gesetzt werden.

Das Schreiben an den Kanzler.

Die Reparationskommission, welche gleichzeitig der Deutschen Regierung ihre Entscheidung Nr. 1841 über die von Deutschland im Jahre 1922 zu machenden Zahlungen mitteilt, erwidert durch folgende Bemerkungen auf das Schreiben des Kanzlers vom 28. Januar 1922:

Die Kommission nimmt von den Erklärungen des Kanzlers hinsichtlich der Beseitigung aller Subventionen für Ernährungszwecke und hinsichtlich der Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife zwecks Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Ausgaben und Einnahmen der Staatsbetriebe Akt. Indessen entspricht ein derartiges Programm, selbst wenn man zugäbe, was nicht der Fall zu sein scheint, daß alles ins Werk gesetzt worden ist, um seine vollständige Verwirklichung mit Beschleunigung sicherzustellen, bei weitem nicht den Verpflichtungen Deutschlands und den ihm gegebenen Möglichkeiten. Die Reparationskommission weist die Deutsche Regierung auf das bestimmteste darauf hin, daß sie von ihr

eine anders verfehlte Reform der Reichsfinanzen

und die endgültige Aufgabe der bis zu dem heutigen Tage begangenen Irrtümer zu erlangen gedenkt. Der ordentliche Haushalt der Reichsverwaltung weist nach Vorsorge für eine Ausgabe von

83 Milliarden einen Ueberschuß von 16½ Milliarden Papiermark auf. Die Deutsche Regierung beabsichtigt, diesen Ueberschuß dazu zu verwenden, der Reparationslast und den anderen Lasten des Friedensvertrags nachzukommen, aber der außerordentliche Haushalt der Reichsverwaltung ergibt einen Fehlbetrag von ungefähr 3 Milliarden Mark und der Haushalt der Betriebsverwaltungen einen Fehlbetrag von 9¾ Milliarden. Der Haushalt über die Lasten des Friedensvertrags, so wie er sich darstellt (nach Gutschrift von 16½ Milliarden hierher übertragenem Ueberschuß aus dem ordentlichen Haushalt) **weist einen Fehlbetrag auf, welcher 171 Milliarden Papiermark erreicht,** was bei Hinzufügung des Fehlbetrages des außerordentlichen Haushalts und desjenigen des Haushalts der Betriebsverwaltungen auf eine Ziffer von

183¾ Milliarden als Gesamtfehlbetrag

hinausläuft. Der Fehlbetrag von 171 Milliarden in dem Haushalt des Friedensvertrags beruht allerdings hinsichtlich der Reparationsschuld auf dem Zahlungsplan. Der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen im Jahre 1922 bewilligte provisorische Aufschub würde diesen Fehlbetrag um ungefähr 45 Milliarden ermäßigen; aber die Rechnungsposten im Reichshaushalt beruhen auf einem Kurse von 45 Papiermark für eine Goldmark, während sich der Kurs heute auf 70 beläuft. **Das angenommene reine Defizit von 126 Milliarden wird also weit übertroffen werden,** sofern nicht eine merkliche Besserung des Werts der Papiermark eintritt. Allerdings ist erklärt worden, daß das Reich beabsichtige, zu dem Mittel einer inneren Zwangsanleihe zu greifen; aber der Kommission ist kein Plan vorgelegt worden, der von ihr als geeignet angesehen werden könnte, für die Mittel, den Lasten aus dem Vertrage zu entsprechen, wirksam Sicherheit zu bieten.

Die Kommission ist der Ansicht, daß die Lasten aus dem Vertrage in immer stärkerem Maße und mit Beschleunigung in den Haushalt in dem Umfange aufgenommen werden müssen, in welchem die Einnahmen Deutschlands sie decken können und daß das Kapital Deutschlands, sei es auf dem Wege der Anleihe, sei es durch direkte Abgabe, die weiter erforderliche Anstrengung aufbieten muß. Sie ist der Meinung, daß schon von 1922 an der Haushalt einen beträchtlichen Teil der in der oben erwähnten Entscheidung vorgesehenen ermäßigten Zahlungen decken muß, während der andere Teil durch eine

Belastung des Kapitals

erlangt werden muß, so wie eben ausgeführt wurde. Um die Aufgabe der Deutschen Regierung in dieser Hinsicht zu erleichtern, hat die Kommission ihre Entscheidung getroffen. Aber, es ist wohl zu beachten, daß der darin für 1922 enthaltene Zahlungsplan provisorisch ist und daß die endgültige Aufrechterhaltung des vorläufig bewilligten Zahlungsaufschubs von der strikten Beobachtung der Deutschland auferlegten Bedingung abhängt.

Diese Bedingungen sind die folgenden:

1. Reichshaushalt: Einnahmen.

a) Jede der in der Note der Deutschen Regierung vom 28. Januar 1922 angekündigten Maßnahmen, für deren Inkraftsetzung in der Note ein fester Zeitpunkt vorgesehen ist, soll zu dem festgesetzten Zeitpunkt getroffen werden; wenn dieser Zeitpunkt gegenwärtig abgelaufen ist, ohne daß die Maßnahme getroffen sein sollte, soll sie in den 15 Tagen nach der gegenwärtigen Mitteilung getroffen werden.

b) Die neuen Steuern und Abgaben, die den Gegenstand des in Deutschland allgemein unter dem Namen Steuerkompromiß bekannten Programms vom 26. Januar 1922 gebildet haben, sollen vor dem 30. April bewilligt und in Kraft gesetzt werden.

c) Die Deutsche Regierung soll unverzüglich einen Plan zur Vermehrung der Steuern vorbereiten und in Anwendung setzen, welcher im Laufe des Rechnungsjahres 1922/23 eine Summe von

mindestens 60 Milliarden Papiermark

über die Einnahme hinaus ergeben soll, welche in diesem Haushalt berechnet worden ist. Dieser Plan soll vor dem 31. Mai 1922 bewilligt und in Kraft gesetzt werden; er soll die tatsächliche Erhebung von mindestens 40 Milliarden zusätzlicher Einnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicherstellen.

d) Die Kommission ist der Ansicht, daß es der Deutschen Regierung obliegt, die Quellen auszuwählen, aus denen diese neuen Einnahmen fließen sollen. Die Kommission wünscht aber, daß die Deutsche Regierung sich von der Notwendigkeit überzeugt, ein System anzunehmen, welches nach Maßgabe des Möglichen eine neue verwickelte Abschätzung der Einnahmen der Steuerpflichtigen vermeidet. In dieser Hinsicht fordert die Reparationskommission die Deutsche Regierung insbesondere auf, die Möglichkeit zu prüfen, ein System anzunehmen, nach welchem die Steuersätze sich automatisch nach der künftigen Vermehrung der Schuld der Deutschen Regierung gegenüber der Reichsbank oder nach der Verminderung der Kaufkraft der Mark auf dem innerdeutschen Markte erhöhen würden.

Ueberwachung:

a) Alle in Ausführung der obigen Bestimmungen getroffenen gesetzlichen oder reglementarischen Bestimmungen werden von der deutschen Regierung unverzüglich der Reparationskommission mitgeteilt werden.

b) Die Maßnahmen zur Anwendung der Steuer- und Tarifgesetzgebung Deutschlands, so wie sie nach der Verwirklichung des oben festgesetzten Programms festgestellt sein werden wird, werden **zwischen den Delegierten der deutschen Regierung und der Reparationskommission beraten** werden. Letztere wird durch Vermittlung des Garantiekomitees in den verschiedenen Staffeln eine zur Genüge ausgedehnte Ueberwachung ausüben, damit man jeden Augenblick sich genau von der Anwendung dieser Gesetzgebung, insbesondere von der Lage der Steuerveranlagung und Steuererhebung Rechenschaft ablege und geeignetenfalls die Mängel, welche diese Anwendung aufweisen könnte, feststellen kann. Sie wird Deutschland gegebenenfalls auffordern, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um festgestellte Mängel abzuhelfen und wird die erforderlichen Maßnahmen treffen, falls Deutschland binnen einer angemessenen Frist ausreichende Maßnahmen nicht getroffen haben sollte.

Herabsetzung der Ausgaben:

Die deutsche Regierung wird eine Revision der in dem von ihr als Anlage ihrer Note vom 28. Januar 1922 vorgelegten Haushaltsentwurf aufgeführten Ausgaben herbeiführen und der Reparationskommission während des auf die gegenwärtige Mitteilung folgenden Monats unterbreiten. Eine beträchtliche Anstrengung, welche in dem der Mitteilung vom 28. Januar beigefügten Entwurf nur angehoben ist, kann und muß im Sinne einer Einschränkung der Ausgaben hinsichtlich der Betriebsverwaltungen, der Beseitigung der Subventionen, der Subsidien, der Ausgaben für öffentliche Einrichtungen, welche keinem unmittelbar dringenden Bedürfnis dienen, der Luxusausgaben des Beitrags zu den Ausgaben verschiedener Verwaltungs- und anderer Organisationen usw. durchgeführt werden. Die Ausgaben sollen in keinem Falle, weder insgesamt noch für irgendein Kapitel des Haushalts, die in dem so revidierten Haushalt für die Ausgaben aufgeführten Ziffern außer in Ausnahmefällen und nicht ohne daß entsprechende Kredite ordnungsmäßig bewilligt worden sind, überschreiten, und es soll davon der Reparationskommission unverzüglich Kenntnis gegeben werden.

Die deutsche Regierung wird davon absehen, einen Dienstbetrieb oder eine Art von Ausgaben, welche zurzeit nach den Bestimmungen der Note vom 28. Januar 1922 beigefügten Haushaltsentwurf von 1922 aus dem Reichshaushalt bestritten wird, auf den Haushalt lokaler Stellen übergehen zu lassen.

Ueberwachung:

Die deutsche Regierung wird im Einvernehmen mit der Reparationskommission ein Verfahren feststellen, um die Ueberwachung der im Haushalt vorgesehenen Ausgaben **zu organisieren, um Ueberschreitungen von Krediten zu vermeiden** und auf eine Art, daß die tatsächliche Verwendung der Fonds klar zutage tritt. Das Garantiekomitee wird sich von der Wirksamkeit dieser Ueberwachung vergewissern.

2. Anleihen und Abgaben vom Kapital:

a) **Innere Anleihen:** Die deutsche Regierung soll vor dem 30. April 1922 einen Entwurf für die Ausgabe ihrer inneren Anleihen in anderer Form als der von der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen und in einem Betrage aufstellen, welcher genügt, um dem Fehlbetrage des Haushalts bis zu dem Augenblick etwas gegenüberzustellen, in welchem der Haushalt mit Hilfe des Ertrages der Steuern ins Gleichgewicht gebracht werden kann.

b) **Aeußere Anleihen:** Die wichtige Frage der von Deutschland aufzunehmenden Anleihen zwecks Ermöglichung von einem Teile seiner Reparationsschuld in Kapital wird Gegenstand einer besonderen Mitteilung bilden.

Sollte die Flüssigmachung eines Teils der Schuld Deutschlands durch solche Anleihen nicht in einer vernünftigen Frist zu erlangen sein, so soll die deutsche Regierung im Zusammenwirken mit der Reparationskommission die notwendigen Maßnahmen prüfen, um eine Zahlung in Kapital durch andere Mittel, insbesondere durch eine **Abgabe auf die beweglichen und unbeweglichen Realwerte Deutschlands** zu bewirken.

3. Kapitalflucht:

Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission bis zum 30. April 1922 ein Programm von Maßnahmen vorzulegen, welche dazu bestimmt sind, der mißbräuchlichen Ausfuhr von Kapital ein Ende zu machen.

Diese Maßnahmen sollen ganz besonders im Auge haben, die Tätigkeit der von der deutschen Regierung für die Erfassung der aus der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen aller Art herrührenden verfügbaren ausländischen Devisen und allgemeiner für die Sicherstellung der Rückkehr des Gegenwertes der Ausfuhr nach Deutschland wirksamer zu gestalten.

Das Garantiekomitee wird mit der deutschen Regierung ein Verfahren ausarbeiten, welches dazu bestimmt ist, die Ueberwachung, welche das Komitee zurzeit über die Ausfuhr und die Erfassung der Devisen ausübt, in jedem notwendigen Maße zu verstärken und zu erweitern, um die Ausführung der vorbezeichneten Maßnahmen wirksam zu überwachen.

Endlich wird die deutsche Regierung alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Rückkehr früher ausgeführter Kapitalien nach Deutschland herbeizuführen.

Bei der Wichtigkeit, welche die Reparationskommission der Vermeidung der Kapitalflucht für die Zukunft und der Sicherung der Rückkehr schon ausgeführter Kapitalien nach Deutschland beimißt, wird diese Frage den Gegenstand einer ergänzenden Prüfung der Reparationskommission bilden. Die Inkraftsetzung der ergänzenden Maßnahmen seitens der deutschen Regierung, welche die Reparationskommission wird veranlaßt sein können von ihr zu fordern durch diese, bildet eine der Bedingungen des Aufschubs.

4. Autonomie der Reichsbank:

Die deutsche Regierung wird die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen, um die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung zur Befriedigung der Reparationskommission sicherzustellen, rechtzeitig treffen, damit sie vor dem 31. Mai in Kraft treten können.

5. Statistiken:

Die deutsche Regierung wird vor dem 31. Mai in der gleichen Form und in den gleichen Fristen wie vor dem Kriege die Feststellung und Veröffentlichung der wirtschaftlichen und finanziellen Statistiken wieder aufnehmen. Sie wird in den Fristen, welche ihr von der Reparationskommission in jedem einzelnen Fall mitgeteilt werden, jene neue Statistik oder jede neue Form der Ausarbeitung von vor dem Kriege bestehenden Statistiken schaffen, welche die Reparationskommission zwecks Ausführung des Vertrages und insbesondere der gegenwärtigen Bestimmungen für nützlich erachten sollte.

Die deutsche Regierung wird im Zusammenwirken mit dem Garantiekomitee darüber wachen, daß die Statistiken in einer Art und Weise vorgelegt werden, welche die Arbeiten der Reparationskommission erleichtern.

Die deutsche Regierung hat dem Komitee alle zur Erledigung seiner Aufgabe notwendigen Schriftstücke und Nachrichten zur Verfügung zu stellen und ihm alle von ihr geforderten Erleichterungen für seine Nachforschung zu gewähren.

6. Schwebende Fragen:

Die Bewilligung des Aufschubs ist ferner von der Lösung gewisser zur Zeit schwebender Fragen zur Befriedigung der Reparationskommission abhängig, welche den Gegenstand einer weiteren Mitteilung bilden wird.

Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Sonnabend Kanzlerrede.

Die Note der Reparationskommission wird in parlamentarischen Kreisen mit äußerstem Ernst aufgefaßt. Manche Abgeordnete äußerten im Laufe des gestrigen Tages ein gewisses Befremden darüber, daß der Kanzler nicht zu Beginn der Reichstagssitzung eine kurze Erklärung zu der Note abgegeben hatte. Jedenfalls ist die Zurückhaltung Dr. Wirths damit begründet, daß die offizielle Note der Reparationskommission erst im Laufe des späten Nachmittags in den Besitz der Regierung gelangte. Erst am Sonnabend will Dr. Wirth, wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" meldet, eine große Rede über die allgemeine politische Lage halten.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages tritt am Freitag zusammen.

Die Stimmung in den bürgerlichen Parteien über die politischen Folgen der Note ist noch geteilt. Sicher ist, daß in allen bürgerlichen Fraktionen, auch im Zentrum, ein Teil der Abgeordneten der Auffassung ist, daß die neuen Forderungen unerfüllbar seien und man es deshalb auf Zwangsmaßnahmen ankommen lassen soll. Diese Kreise glauben nicht, daß sich eine Regierung finden wird, die in den von der Reparationskommission vorgesehenen Fristen die neuerdings geforderten Steuersummen aufbringen kann.

In der sozialdemokratischen Fraktion beurteilt man die Lage sehr ernst, vielleicht noch ernster als irgendeine Krise, die wir seit dem Londoner Ultimatum erleben mußten. Immerhin ist aber von einer verzweifelten Stimmung keine Rede. Man wird sich kühl und sachlich bemühen, einen Ausweg zu finden.

Das Wulle-Blatt kündigte bereits gestern eine Regierungskrise und den Rücktritt des Reichskanzlers an. Da ist natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Wir wissen, daß der Kanzler selbst sehr ruhig an die neuen Probleme, die die Reparationsnote aufwirft, herantritt. Die Sozialdemokratie wird alles vermeiden, was den deutschnationalen Katastrophenpolitikern die Erreichung ihrer volksverderblichen Ziele erleichtern könnte.

Zurückgewiesene Scharfmacherei.

Im Hauptausschuß des Reichstages richtete Abg. Marezki (D. Vp.) scharfe Angriffe gegen die Führer des letzten Eisenbahnerstreiks. Er forderte, daß der Einfluß der Spitzenverbände einschließlich des Deutschen Beamtenbundes eingeschränkt werde. Genosse Stücklen ersuchte den Minister, sich von diesen Scharfmachereien nicht beeinflussen zu lassen. Auch Genosse Schumann wies die Scharfmachereien Marezkis entschieden zurück und widersprach der Auffassung des Ministers, daß Menne und Scharfschwerdt den Eisenbahnerstreik allein verursacht hätten. Zwei Leute könnten niemals eine solch gewaltige Bewegung hervorrufen, wie es die Eisenbahnerbewegung zu Beginn des Februar tatsächlich war. — Im übrigen forderte Schumann bessere Ausnutzung der Wasserstraßen durch entsprechende Tarifpolitik.

Die Wirkungen des Eisenbahnerstreiks.

Nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministers sind während des Eisenbahnerstreiks im Bezirk der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe etwa 16 000 Kilo Kartoffeln sowie 20 000 Kilo Aepfel und eine Sendung Rüben verdorben. Im Bezirk Stuttgart zwei Fässer und 49 Kisten Wein, im Bezirk Oldenburg 12 Sack Kartoffeln, eine Sendung Geflügel, 15 Tonnen Milch und eine Sendung Wein, im Bezirk Nürnberg eine Wagenladung Bier, im Bezirk München 2309 Flaschen Wein, 2 Fässer Wein, ein Wagen Orangen und Blumenkohl, zwei Wagen Bier. In der Hauptsache sind die Schäden dadurch verursacht, daß in den Streiktagen dauernd starke Kälte bis zu 22 Grad herrschte.

Vom Sturm der Jugend.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Bewegung, Erregung um jeden Preis, so scheint die Devise der jungen Komponistenzunft zu sein. Auf Kosten des Geschmacks, des guten, gutklingenden Tons, der logischen Formgesetze, der ästhetischen Grundwerte von Schön und Häßlich. Wie relativ all das ist, was man Gesetz in der Kunst nennt, weiß jeder, der die Geschichte studiert und die Trägheitspsychologie des Publikums kennt. Die gesellschaftlichen Formen, die Manieren des Umgangs, die Abgrenzung der zur Diskussion gestellten Themen, die Ausmaße des Trieb- und Willenslebens sind heute, zur Zeit Freuds, Einsteins, deutscher Republik ja auch andere geworden als sie in den Tagen Goethes, Bismarcks gewesen sind.

In den Werken Felix Petyreks gärt es aus einem unsichtbaren, noch nicht erfühlbaren Boden heraus. Trunkenheit ohne Wein, also Jugend, ungebändigte Kraft scheint mobil, fessellos geworden. Es braust in Rhythmen und Schlägen ohne Melodie. Ein Motor ist losgelassen, aus dem Klang des Klaviers heraus werden Kammermusiken geschaffen, die unbekümmert die Seele des Streichinstruments ohrfeigen. Das Quartett Wolfsthal-Zeelander pariert zwar ausgezeichnet, aber die Notwendigkeit dieser Klangkombinationen, die der Flügel diktiert, die Klarinette färbt, wird trotzdem nicht offensichtig. In einer Passacaglia und Fuge über ein steirisches Volkslied ist das Gesunzene, Volksmäßige, Liedhafte nur Vorwand für eine draufgängerische Bravour, eine Kombinationsgabe, einen akkordlichen Sinn, der Vorbedacht und Improvisation miteinander mengt. Ein Chaos von Tönen, ohne Halt, und die wuchtigen Bässe lügen Ordnung oder System vor. Dabei spielt Petyrek wie ein junger Gott; schon das sollte die gereizte Stimmung der Hörer, die sich sofort in zwei Gruppen teilen, entwaffnen. Und gar die schönen Kammermusiklieder, von Olga Schäffer mühelos und eindringlich interpretiert, geben dem Namen Felix Petyrek guten Klang.

Größer, begabter, revolutionärer noch ist Krenek. Seine Sinfonie in einem Satz ist die erste, nicht vollendetste, nicht endgültige Loslösung von einem Krampf. Es fehlt das Ungezwungene, das Bekenntnis zum Stil, zur Unbekümmertheit der Jugend, es fehlen die Verknüpfungen der Musik mit der Welt des Erlebens, des Schauens, des Sich-Freuens. Man möchte diesen die Brutalität streifenden Vorwärtsdrang hemmen, Einhalt gebieten dem Schrei einer unzufriedenen, in sich noch schwankenden Menschlichkeit. Aber damit tötete man den Sturm ab, der das Beste auch an diesem Werk ist. Wie wehrt es sich gegen eine Bevormundung durch Straußsche Einfälle, wie kämpft es prachtvoll um die Eigenartet Das Können dieses jungen Menschen ist so groß, das Sich-Hingeben an die Sache so poesielos, frei, die Sehnsucht nach dem Ausdruck höchster Männlichkeit so groß und durchhallend, daß man nur wünschen kann, Krenek möge einmal im Leben sich von der Umkrampfung seelischer Wirren freimachen. Dann käme in seiner Musik zu dem Sturm die Ruhe, zu dem Rasen die Stille, zu dem Rhythmus die Melodie. Herzblut, werde siedend!

Scherchen ist ruhiger, überlegener beim Dirigieren geworden, **ohne sachlich, nur sachlich zu wirken. Sein Programm war aber** nicht sehr geschmackvoll, ein Durcheinander sondergleichen. Die fünf deutschen Tänze Beethovens sind nur in Ehrfurcht vor dem Namen, nicht vor der Gelegenheitsarbeit des Meisters im sinfonischen Programm zu dulten (Schweigt mir vom Nagel der Löwentatze! Der einzige Löwenanteil heißt hier: Mozart.) Broz Persselt spielte das Cellokonzert C-Dur von Haydn mit der wundervollen Andante-Eingebung, sonst harmloser und unvirtuoser als das bekanntere Konzert in D, sehr geschickt, mit süßem, schmelzendem Ton; Erdmann ein vergessenes und trotz des auflagernden Staubes noch immer reizvolles Klavierkonzert von Götz höchst männlich, stark und sicher, ohne gezwungen zu sein, Widerspenstiges zu zähmen. Heinz Roemheld gelingt die Zähmung zahmer Mozart-Noten noch nicht einmal. Er ist von der Fingerübung, die gut ist, noch nicht zum Musikantentum hochgeschritten, das besser ist. Und bringt selbst Philharmoniker in Verwirrung. Die fühlen sich bei Werner Wolff in sicherer Hand. Ja, mehr als das, sie scheinen bei Bruckners V. Sinfonie zu fühlen, daß ein erlebnisstarker Musiker Nikischs Ruhe und Begeisterung, daß er Atem und Farbe seiner Darstellung übernommen hat. Das geht bis in Kleinigkeiten, Tempoänderungen, Pausen, Abblenden scharfer Lichter, und bleibt doch eine persönliche, charaktervolle, schönst ausgeglichene, in der Liebe zum Werk aufgehende Leistung.

Eisenbahnen ohne Schienen. Die gleislosen Eisenbahnen bieten in unserer Zeit, wo jede Gleisanlage ungeheure Summen verschlingt, große Vorteile. Darauf weist Felix Linke in den „Sozialistischen Monatsheften" hin, indem er über Anschauungen des Vorkämpfers für gleislose Bahnen, Max Schiemann, berichtet. Aus einem Vergleich zwischen Eisenbahnanlagen mit und ohne Schienen ergibt sich, daß die Betriebskosten in beiden Fällen gleich sind. Das Anlagekapital ist aber bei den Gleisbahnen mindestens dreimal so groß; auch wird die Straßendecke bei gleislosen Bahnen weniger in Anspruch genommen, wenn ihre Konstruktion und Gewicht der Fahrbahn angepaßt sind. Die Verkehrsbehinderung ist bei Straßenbahnen, die auf Schienen gehen, größer, als bei gleislosen, freifahrenden Wagen. Die gleislosen Bahnen, die in verschiedenen Städten Amerikas und Englands angelegt sind, dürfen für vorbildlich gelten. Auch die Schweiz hat mit gutem wirtschaftlichen Erfolg verschiedene Strecken mit gleislosen Wagen in Betrieb genommen.

Spielplanänderung. Infolge Unpäßlichkeit Guido Thielschers finden im Kleinen Schauspielhaus Donnerstag und Freitag Aufführungen von „Reigen" statt. Ab Sonnabend spielt Thielscher wieder im „Reisenden Liebemann".

Konstantin Milong, der neue Mailänder Tenor, der für ein zweimaliges Gastspiel vom Deutschen Opernhause gewonnen wurde, tritt am Sonnabend als Cavaradossi in Puccinis „Tosca" vor das Berliner Publikum.

Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland. Wegen plötzlicher Erkrankung von Via Rosen muß der Klaudert-Abend vom 28. auf einen späteren Termin verschoben werden. Gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit.

Museumsführungen durch Direktorialbeamte finden Sonntag, den 26. März, 9½ Uhr, im Kaiser-Friedrich-Museum (Rafael und seine Zeit) und im Neuen Museum (Papyrussammlung) statt. Anlaßkarten (1 M.) sind vor Beginn der Führungen am Eingang der Museen erhältlich.

Die Meute gegen Boelitz.

Herr Otto Boelitz, der nationalliberal-deutschvolksparteiliche Gymnasialdirektor und jetzige preußische Kultusminister, wird seine besondere Freude an jener Presse haben, die sonst so brüderlich mit der deutschvolksparteilichen Presse Hand in Hand ging, wenn es sich um die Bekämpfung der preußischen Regierung handelte, als die Deutsche Volkspartei noch nicht zu ihr gehörte. Seit er es gewagt hat, gegen die aufsässigen Lichterfelder Kadettenprimaner im Interesse der Schulautorität ein wenig fester zuzugreifen, als die reaktionären Heldenjünglinge es sonst gewohnt waren, da muß er sich tagtäglich von der ganz- und dreiviertel-deutschmonarchistischen Presse dermaßen den Marsch blasen lassen, wie man es früher sich nur gegen sozialdemokratische Minister erlaubte.

Zur gleichen Stunde, da Herr Boelitz durch die „Nationalliberale Korrespondenz" seine eigene Meinung über den Lichterfelder Skandal verbreiten ließ, waren in der Scherl-Presse von einer angeblich „in der Schulpolitik stehenden prominenten (!) Persönlichkeit interessante Einzelheiten" veröffentlicht worden, die auf nichts mehr und nichts weniger hinauslaufen, als Herrn Boelitz für einen geistigen Trottel zu erklären, der ein willenloses Werkzeug in den Händen seiner — sozialdemokratischen Referenten sei! Unter anderem wird behauptet, daß Geheimrat Rommel vom Kultusministerium und der angeblich „blutjunge Assessor" Landé die Sache so geschoben hätten, daß Herr Boelitz nicht mehr anders konnte. Dem sozialdemokratischen Regierungsassessor Landé, der inzwischen etatsmäßig als Regierungsrat angestellt worden ist, wird nachgeredet, daß er die Untersuchung der Angelegenheit in der Lichterfelder Anstalt unter Ausschaltung des Direktors in einer Weise geführt habe, die „geradezu an das Spitzelwesen erinnerte". Daß auch der ältere, nicht sozialdemokratische Oberregierungsrat Kummerow an dieser Untersuchung teilnahm, wird nur ganz nebenher erwähnt. Zweck der Uebung ist, den Minister als Gefangenen sozialdemokratischer Beamten hinzustellen. Das Ministerium sieht sich daher gezwungen, durch den amtlichen preußischen Pressedienst wieder einmal eine Berichtigung hinausgehen zu lassen, in der es u. a. heißt:

„Der „Tag" bringt in der Nr. 137 „interessante Einzelheiten" zu den Lichterfelder Vorgängen. Die tatsächlichen Angaben dieses Artikels sind teils erfunden, teils entstellt wiedergegeben. So wird behauptet, daß das Ministerium „nicht auf direkte und legale Weise, sondern hinterher von den Vorgängen erfuhr", während in Wahrheit der zuständige Alumnatsleiter am Vormittag des 17. Februar dem zuständigen Ministerialreferenten von den Vorgängen pflichtgemäß amtliche Meldung erstattet hat. So wird Frau Oberschulrat Dr. Wegscheider als Denunziantin bezeichnet, obschon sie mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun hat. Die planmäßige Anstellung des Regierungsassessors Landé steht mit den Vorfällen in keinerlei Zusammenhang und war bereits seit langem erfolgt. Auch alle anderen Angaben über die Rollen der beteiligten Beamten sind derart entstellt, und enthalten so schiefe Werturteile, amten sind derart entstellt, und enthalten so schiefe Werturteile, daß eine Berichtigung spaltenlange Ausführungen erfordern würde."

Die Richtigstellungen helfen Herrn Boelitz allerdings sehr wenig, denn was die Scherl-Presse am Morgen bringt, steht am Abend in allen Berliner Rechtsblättern, von der „Täglichen Rundschau" angefangen bis zur „Kreuzzeitung" und darüber hinaus in nur wenig veränderter Form. Wenn es sich um ein Vorrecht der Junkerkaste handelt, das man angetastet glaubt, dann kennen die Herrschaften keine Rücksichtnahme auf angebliche „Schwesterparteien", dann wird wahllos drauflosgeschrieben und verleumdet. Herr Boelitz und seine Partei können da wirklich noch einiges lernen. Will er sich gegenüber dieser systematischen Verunglimpfung behaupten, dann sollte er zeigen, daß er fest bei seiner einmal getroffenen Entscheidung bleibt. Jeder Rückzug wird ihm als Schwäche ausgelegt werden und sein Ansehen weder bei den Kadetten noch bei ihren Protektoren heben.

Die Schlafwagen III. Klasse.

Im Hauptausschuß des Reichstags teilte der Verkehrsminister mit, daß Schlafwagen dritter Klasse auf den Strecken nach München, Königsberg und Köln eingeführt sind. Nach München und Königsberg sind regelmäßig drei Viertel der Plätze durchschnittlich besetzt, nach Köln wird die dritte Schlafwagenklasse weniger benutzt. Ab 1. Mai werden beschleunigte Personenzüge 4. Klasse fahren, so nach Eydtkuhnen, Altona, Stralsund, München usw. Genosse Stücklen fragte an, warum die Reichseisenbahnverwaltung den äußerst rentablen Schlafwagenbetrieb aus der Hand gegeben und der Mitropagesellschaft gegeben habe. Der Geheimrat, der seinerzeit die Verhandlungen in dieser Angelegenheit mit der Mitropa geführt hat, soll jetzt in das Direktorium der Mitropa eingetreten sein. Die Ausgabe von Schlafwagenkarten geschieht in vielen Fällen nicht ordnungsgemäß. Man bedarf oft besonderer Schleichwege und aller möglichen Mittelchen. Die Schiebungen mit den Schlafwagenkarten müßten möglichst bald abgestellt werden. — Staatssekretär Stieler erwiderte, nicht der ganze Schlafwagenverkehr sei in den Händen der Mitropa. Sie ist eine Kriegsgründung als Gegengewicht gegen die Internationale Schlafwagengesellschaft. Das Schlafwagengeschäft war für die Mitropa kein besonders günstiges. Ein gutes Geschäft macht diese Gesellschaft lediglich mit den Speisewagen. Uebrigens ist die Eisenbahnverwaltung mit mindestens einem Siebentel des Aktienkapitals an der Mitropa beteiligt. Richtig ist, daß der Geheimrat Reknaud, der die Verhandlungen mit der Mitropa geführt hat, jetzt Direktor der Mitropa ist, jedoch dürfe man daraus keine unlauteren Schlüsse ziehen.

Die Schlichtungsordnung.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat dem Reichstag den Entwurf einer Schlichtungsordnung nebst Begründung und 10 Anlagen vorgelegt. Der Reichsrat hat der Einbringung der Vorlage zugestimmt, doch besteht über die Aufbringung der Mittel zwischen Reichsregierung und Reichsrat keine Uebereinstimmung. Nach der Regierungsvorlage soll das Reich die Kosten des Reichsschlichtungsamts und zwei Drittel der Kosten der Schlichtungsämter und der Landesschlichtungsämter tragen; das übrige Drittel soll das Land tragen, das die Schlichtungsämter und das Landesschlichtungsamt errichtet. Der Reichsrat ist dagegen der Auffassung, daß die Länder nur mit ihrer Zustimmung an der Aufbringung der Mittel beteiligt werden können. Das Reich trage schon jetzt die Kosten der Schlichtungsausschüsse, und da die Vorlage den Ländern neue Aufgaben erweise, müsse es denselben auch die Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben zur Verfügung stellen.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, dem der Entwurf zur Begutachtung vorlag, hat eine Reihe von Abänderungen empfohlen und hat mit diesem Vorbehalt dem Entwurf zugestimmt. Er hat außerdem eine Entschließung angenommen, worin er die Reichsregierung ersucht, den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes so beschleunigt vorzulegen, daß die Arbeitsgerichte ihre Tätigkeit möglichst gleichzeitig mit den neuen Schlichtungsbehörden aufnehmen können.

Der Entwurf der Schlichtungsordnung besteht aus fünf Teilen mit 126 Paragraphen. Der erste Teil enthält die allgemeinen Vorschriften, der zweite Teil die Verfassung der Schlichtungseinrichtungen, während der dritte Teil das Verfahren regelt, vor den vereinbarten Schlichtungsstellen, dem Schlichtungsamte, dem Landesschlichtungsamte und vor dem Reichsschlichtungsamte. Der vierte Teil umfaßt die Schutz- und Strafbestimmungen (§§ 117 bis 120) und der fünfte enthält die Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen.

Wenn die Gewerkschaftsvertreter im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats seinerzeit dem dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat bereits am 19. März 1921 vorgelegten Gesetzentwurf ihre Zustimmung versagten, so deshalb, weil sie in der vom Sozialpolitischen Ausschuß angenommenen Fassung des § 55 eine unerträgliche Einschränkung des Streikrechts erblicken mußten.

Mit der Einbringung der Vorlage ist diese nunmehr zur öffentlichen Diskussion gestellt. Es wird Sache der Gewerkschaften sein, sich den Gesetzentwurf, mit dem man an sich nur einverstanden sein kann, in seinen Einzelheiten und seiner Begründung genau anzusehen. Auch die Presse wird sich recht eingehend mit diesem für unser Wirtschaftsleben so wichtigen Entwurf einer Schlichtungsvorlage befassen müssen.

Deutschland und Genua.

Die endgültige Zusammensetzung der deutschen Delegation ist bisher vom Reichskabinett nicht beschlossen worden. Vorläufig sind als Hauptdelegierte der Reichsaußenminister Dr. Rathenau, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Reichsfinanzminister Hermes in Aussicht genommen. Der Reichskanzler wird nur dann die Führung der Delegation übernehmen, wenn auch die Delegationen der Ententeländer unter Leitung ihrer Kabinettschefs stehen. Die Hauptdelegation wird von Sachverständigen aus Handel und Industrie und aus den Gewerkschaften begleitet sein. Mit dem notwendigen Hilfspersonal wird die deutsche Delegation ungefähr 60 Personen zählen.

•

Rom, 22. März. (EP.) Das „Giornale d'Italia" gibt folgende Tagesordnung der Konferenz von Genua bekannt: 1. Prüfung der geeigneten Verfahren zur Ausführung der Beschlüsse von Cannes. 2. Wiederherstellung des europäischen Friedens auf fester Grundlage. 3. Festsetzung der Grundbedingungen für die Wiederherstellung des Vertrauens unter den verschiedenen Staaten ohne Verletzung der bestehenden Verträge. 4. Finanzfragen, nämlich: a) Münzwesen, b) Staats- und Notenbanken, c) Wechselkurse, d) Organisation des öffentlichen und privaten Besitzes. 5. Wirtschafts- und Handelsfragen, nämlich: a) Erleichterungen und Garantien für den Ein- und Ausfuhrhandel, b) Gesetzliche Garantien für den Wiederaufbau des Handels, c) Schutz des Industrie- und Literatureigentums, d) Konsularwesen, e) Zulassung von Ausländern zur Ausübung des Handels, f) Technische Hilfe für den Wiederaufbau der Industrie, g) Verkehrsfragen.

Der erste Punkt bezieht sich auf die allgemeinen Arbeiten der Konferenz von Cannes und die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland, sowie die Anerkennung der russischen Regierung. Die zweite und dritte Frage sind rein politischer Natur und werden von dem Ministerpräsidenten und den Außenministern bearbeitet, während die anderen Fragen von den Sachverständigenkommissionen erledigt werden.

Nach dem „Giornale d'Italia" werden die Delegierten Deutschlands, Englands und Frankreichs in Genua untergebracht werden. Den Delegierten der anderen Länder wird in den ligurischen Kurorten Rapallo, Santa Margherita, Pegli und Nervi Unterkunft angewiesen werden.

Zur Maifeier 1922.

Völkerfriede, Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung — das war bei jeder Maifeier die Losung.

Völkerfrieden!

Ungeheuerliches liegt hinter uns. Die Völker der Welt haben sich zerfleischt, obgleich sie nach Frieden schrien. Der Friede kam. Er wurde diktiert von der Gewalt, obgleich der Welt nichts so sehr fehlt als Verständigung. Der Friede von heute ist die Fortsetzung des Krieges in anderer Form. Haben die Massen erst geblutet, so seufzen sie jetzt unter Not und Entbehrungen. Teuerung und Wucher lasten auf ihnen. Der Hunger schwingt unerbittlich seine Geißel über dem Proletariat der ganzen Welt. So will es die Gewalt! Erhebt dagegen am 1. Mai Eure Stimme! Tretet ein für wirklichen Völkerfrieden und Völkerverständigung!

Achtstundentag!

Der Zusammenbruch, mit dem der Krieg endete, er hat ihn uns gebracht. Er konnte der ihn einmütig verlangenden Arbeiterschaft nicht länger vorenthalten werden. Leider fand die große Zeit ein kleines Geschlecht. Die Arbeiter haben mit ihrem Pfunde schlecht gewuchert. Richtungsstreitigkeiten zerrissen die Arbeiterbewegung und immer mehr konnte der Gegner wieder festen Fuß fassen. Und er greift auch nach dem Achtstundentag. Seid auf der Hut! Gedenkt gerade am 1. Mai, an dem Ihr so oft für ihn eingetreten seid, der langen Kämpfe, die Ihr um ihn geführt habt. Verteidigt den Achtstundentag!

Ausbau der Sozialgesetzgebung!

Die Verfassung hat die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt. Damit ist in ganz anderer Weise noch als früher betont worden, daß der wirtschaftlich Schwache geschützt werden muß. Aber was geschieht? Lasten über Lasten werden den Arbeitermassen auferlegt und damit wird der verfassungsmäßige Grundsatz in sein Gegenteil verkehrt. Hier muß Wandel geschaffen werden, wenn das Volk nicht mehr geschädigt werden soll, als ihm durch die Sozialgesetzgebung geholfen werden kann. Mehr ist aber auch sonst zu machen, was uns versprochen worden ist. Wir fordern am 1. Mai die Verwirklichung des Gedankens, daß die Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und den Wechselfällen des Lebens in anderer Weise als bisher zu schützen sind. Wir fordern das einheitliche Arbeitsrecht und die Sicherstellung des Koalitionsrechts. Arbeiter, demonstriert am 1. Mai für unsere Forderungen. Denkt dabei auch an die Stärkung der Gewerkschaften. Rüttelt die Lauen und die Säumigen auf und führt sie Euren Verbänden zu. Gestaltet den 1. Mai zu einem eindrucksvollen, würdigen Festtage der organisierten Arbeiter.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Th. Leipart.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Süß. Stähr.

Stinnes' Londoner Verhandlungen.

Bekanntlich hat Herr Hugo Stinnes, M. d. R., bestritten, in London die Auslieferung der deutschen Reichseisenbahnen an das Privatkapital betrieben zu haben; über seine dortigen Verhandlungen selbst wollte er nichts mitteilen, weil er sich zum Schweigen verpflichtet habe. Jetzt veröffentlicht der verreist gewesene Berichterstatter der „Frkf. Ztg." folgende Erklärung:

Ich habe meinen Gewährsmännern die Erwiderung des Herrn Hugo Stinnes vorgehalten; sie beharren dabei, daß Herr Stinnes seine privaten Eisenbahnpläne in dem früher mitgeteilten Sinn und mit jenem konkreten Vorschlag, der ihnen im Augenblick als das Wesentliche, aber absurd erschien, vorgetragen hat. Herr Stinnes, der seine Pläne einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten in der City und anderswo vorgetragen hat, kann sich um so weniger auf eine Schweigepflicht berufen, als mir auf das bestimmteste versichert wird, daß eine Verpflichtung, über seine Vorschläge nicht zu reden, Herrn Stinnes keineswegs auferlegt worden ist. Dagegen mag es wohl sein, daß der eine oder der andere, mit dem Herr Stinnes sprach, aus gewissen Rücksichten nicht will, daß in England bekannt wird, daß er mit Herrn Stinnes verhandelt hat. Aber das ist nicht so gemeint, daß Herr Stinnes verhindert sein soll, dem deutschen Parlament zu sagen, welche das Reich berührende Vorschläge er in London gemacht hat.

Woraus wohl zur Genüge hervorgeht, welchen Wert die Bestreitung des geistig nicht „fremdländisch" gerichteten Herrn Stinnes hat und was dieser deutsche Volksvertreter in London erreichen wollte.

Der Anschlag auf Ostpreußen.

Der Ostpreußische Provinziallandtag hat einstimmig folgende von sämtlichen Parteien, einschließlich der Kommunisten, unterstützte Erklärung angenommen: Der Herr Oberpräsident hat bei Eröffnung des Provinziallandtages als Vertreter der Staatsregierung bekundet, daß Ostpreußen nicht willens sei, das Schicksal des Wilnaer Landes zu teilen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die gegen Ostpreußen gerichteten Pläne nicht allein bei einzelnen Schwärmern bestehen, sondern Gemeingut weiter Kreise in Polen sind. Demgegenüber erklärt der Ostpreußische Provinziallandtag, daß die gesamte ostpreußische Bevölkerung in dem festen Willen einig ist, die Ausführung der oben gekennzeichneten Pläne nicht zu dulden.

In sämtlichen Ortschaften der Marienwerder Niederung fanden Kundgebungen gegen den Spruch der interalliierten Grenzfestsetzungskommission statt. Marienwerders selbst und aller Orte des ehemaligen Abstimmungsgebietes hat sich eine große Erregung bemächtigt. Das Volk fordert den durch Artikel 97 des Friedensvertrages garantierten Zugang zur Weichsel und Beachtung der Artikel 28 und 30, nach denen nur die Mitte der Hauptschiffahrtslinie der Weichsel als Grenzlinie in Frage kommen kann.

Die Orient-Konferenz.

Paris, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten von England (Curzon), Frankreich (Poincaré) und Italien (Schanzer), die sich mit den Problemen des Orients befassen soll, ist heute nachmittag im Quai d'Orsay unter dem Vorsitz Poincarés eröffnet worden.

Die russische Frage.

Ueber den zweiten Tag der Sachverständigen-Konferenz meldet „Daily Telegraph": Die Hauptgrundsätze des britischen Planes zur Liquidation der verschiedenen Kategorien russischer Schulden scheinen allgemein gebilligt worden zu sein, darunter auch die Vorschläge des fünfjährigen Moratoriums. Die italienischen Sachverständigen haben andererseits besondere Aufmerksamkeit der Frage zugewendet, mit welchen Mitteln, gesetzlichen oder anderen, am besten mehr oder weniger normale Handelsbeziehungen mit Rußland wieder angeknüpft werden können. Die italienischen Sachverständigen sind ebenso wie die britischen der Ansicht, daß keinerlei unnötige Einschränkungen bestehen bleiben dürfen und daß die Garantien, die gegebenenfalls von Rußland gefordert werden, keinen Eingriff in die Souveränität Rußlands darstellen dürfen und auf dem Gebiete des Rechts auf ein System des Schiedsgerichtsverfahrens beschränkt bleiben müssen. Die italienischen Sachverständigen unterbreiteten auch eine Anzahl von besonderen Vorschlägen, z. B. betreffend das kommerzielle Tauschverfahren, für das besondere Zollabkommen notwendig werden würden, sowie betreffend die Entsendung von technischen und anderen Spezialmissionen nach Rußland. Die französischen Delegierten waren dagegen der Ansicht, daß einige der italienischen Vorschläge Sache der in Frage kommenden Regierungen seien und entsprechend ihren Bedürfnissen und Auffassungen entschieden werden müßten.

Der Moskauer Prozeß.

Wie der Riga-er Korrespondent des Ost-Expreß von unterrichteter Seite erfährt, findet die gerichtliche Aburteilung der verhafteten Sozialrevolutionäre in Moskau, ungeachtet der Proteste aus dem Auslande, zu dem ursprünglich festgesetzten Termin statt. Die Sowjetregierung glaubt durch diesen Prozeß die antisowjetistische terroristische Wirksamkeit der Sozialrevolutionären Partei aufdecken zu können. Doch soll die Fällung von Todesurteilen von vornherein ausgeschlossen sein. Nach Abschluß des Prozesses beabsichtigt die Sowjetregierung sämtliche Anklageakten den ausländischen sozialistischen und kommunistischen Organisationen, vielleicht schon der bevorstehenden Konferenz der drei Internationalen, zur Einsicht zu übermitteln.

Die Petersburger Abteilung des Staatlichen Politischen Amtes (der früheren Tscheka) kündigt in der Sowjetpresse einen neuen Sozialistenprozeß gegen einen „Block" von Sozialrevolutionären und Anarchisten an, der angeblich mit Hilfe von Berufsverbrechern durch Plünderungen und Raubmorde Geldmittel zum Kampf gegen die Sowjetregierung zu beschaffen versucht haben soll. Der als Mitglied des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei bezeichnete Angeklagte Gontscharow soll nach den sowjetamtlichen Angaben ausgesagt haben, er habe von dem sozialrevolutionären Führer Tschernow die Anregung erhalten, einen Eisenbahntransport mit Geldnoten zu plündern und habe diesen Plan nach der Abreise Tschernows ins Ausland dem „Block" vorgelegt.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (deutscher Zweig) tagt vom 10.—12. April in Bremen. Ein Tag ist völlig Fragen der neuen Erziehung, ein Tag dem Gebiete des Freihandels gewidmet. Auch aus England und Frankreich sind Vorträge zugesagt. Programme durch das Zentralbureau, München, Odeonsplatz 4/2.

Der Wahlkampf in Ungarn. Der Ausschuß der ungarländischen sozialdemokratischen Partei beschloß, an den bevorstehenden Nationalversammlungswahlen teilzunehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Metallarbeiterkampf in Württemberg.

In Württemberg ist die Diskussion über den Achtstundentag an der Tagesordnung. Nach dem bekannten Artikel des Genossen Dr. Lindemann in den „Soz. Monatsheften", der naturgemäß nicht gerade Begeisterung in der württembergischen Arbeiterschaft erregt hat, hielt der Arbeitsminister Genosse Keil seine bekannte Rede über den Achtstundentag, die zu mancherlei Mißdeutungen Anlaß gegeben hat, deren eigentliches Ziel aber gerade war, die Unmöglichkeiten eines Abbaues des Achtstundentages bei Aufrechterhaltung der bisherigen Wirtschaftsverfassung mit ihren Uebergewinnen und ihrer Unterentlohnung zu erweisen. Kürzlich hat dann noch der bekannte Großindustrielle Robert Bosch sich auf einer Tagung des Verbandes Württembergischer Industrieller für den Achtstundentag eingesetzt, der aber seine „schematische" Anwendung gern vermeiden und ihn der „freien Vereinbarung" der Parteien überlassen möchte. Daß die gesamte bürgerliche Presse diese Reden mit der üblichen Hetze gegen den Achtstundentag überhaupt begleitete, ist selbstverständlich.

Die Arbeitgeber in der Württembergischen Metallindustrie glaubten in dieser Beziehung den Boden für gut vorbereitet, als sie die Forderung der Verlangerung der reinen Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden in der Woche bei den drohenden Kämpfen in den Vordergrund schoben und sie zur Voraussetzung einer eventuellen Lohnerhöhung machten. Die besondere Struktur des Landes bringt es mit sich, daß für die meisten Arbeiter noch fast zwei Stunden täglich für den Weg vom und zum Arbeitsplatz hinzukommen. Der Schlichtungsausschuß Stuttgart gab denn auch am 24 Februar einen Schiedsspruch ab, der die von den Unternehmern gewünschte Verlängerung der Arbeitszeit vorsah und den Lohnforderungen der Arbeiter in ganz unzureichender Weise entgegenkam. Die Arbeiter lehnten den Schiedsspruch mit überwältigender Mehrheit ab. Bei den Verständigungsverhandlungen, die auf Anregung des Arbeitsministers Genossen Keil am 7. März stattfanden, zeigten die Unternehmer endlich ihr wahres Gesicht Sie wehrten sich energisch gegen Lohnerhöhungen und Gewährung des im sogenannten Heidelberger Abkommen vom 10. Januar zugestandenen jährlichen Urlaubs in der Dauer von 6—10 Wochentagen. Einen entsprechenden Vermittlungsvorschlag des Ministeriums lehnten sie brüsk ab. Während aber die Arbeiter bei ihrer Kündigung sich bemühten, den Kampf auf eine Anzahl von Betrieben zu lokalisieren, antworteten die Unternehmer mit weiteren Aussperrungen. Im ganzen stehen bis jetzt **180 Betriebe mit 41 000 Arbeitern im Streik, 30 Betriebe mit 11 000 Arbeitern in Kündigung.** Daraus, wie aus der ganzen Haltung der gesamten aus trüben Industriequellen gespeisten Presse geht hervor, daß die Unternehmer den Kampf gewollt haben. Es geht um mehr als um die „lumpigen zwei Stunden Arbeitszeit", sonst würden die württembergischen Industriellen nicht eine derartige grundsätzliche Sache als Bezirksverband anfassen, die nur in der gesamten süddeutschen Gruppe allgemein geregelt werden kann. Ist doch auch der Rahmentarif vom 29./30. April 1919, auf dem die 46stündige Arbeitszeit beruht, für ganz Süddeutschland abgeschlossen worden. Die Arbeiterschaft aber sieht sich durch das Vorgehen der Unternehmer in ihrer Existenz bedroht. Immer mehr schiebt sich in diesem Kampfe die ausreichende Entlohnung und die Urlaubsfrage in den Vordergrund.

Die Löhne der Metallarbeiter in Württemberg sind schandbar schlecht, besonders, wenn man bedenkt, daß ein raffsüchtiges Bauerntum unter gewissenloser Führung die Preise auf eine Höhe getrieben hat, die die Berliner Preise weit hinter sich läßt. Im übrigen Süddeutschland und in Mitteldeutschland sind die Metallarbeiterlöhne 20 bis 60 Proz. höher als hier. In Stuttgart sind die hochqualifizierten Metallarbeiter, mit einer Entlohnung von 7,80 bis 10,80 Mark pro Stunde, die Stiefkinder im württembergischen Erwerbsleben. Den Lehrlingen ist seit Oktober vorigen Jahres gar keine Lohnerhöhung mehr zugebilligt worden. Gar zu gern möchten die Unternehmer auch die Gelegenheit benutzen, den Arbeitern den kärglichen Urlaub, der nach achtjähriger Beschäftigung ganze 10 Wochentage im Jahre beträgt, zu kürzen. Großmütig sind sie bereit, in Verhandlungen über eine „Neuregelung" einzutreten, wenn die Arbeiter vorher die 48stündige Wochenarbeitszeit schlucken.

So stellt sich der Streik der Metallarbeiter als ein Notwehrakt dar. Die Hetzereien und Lügen der bürgerlichen Presse machen auch bis jetzt in der Oeffentlichkeit keinen Eindruck, genau so wenig wie die Bestrebungen der Unternehmer, die Bewegung zu spalten (Sonderabstimmung z. B. bei Daimler), Erfolg hatten. Die Arbeiter sehen der Austragung des Kampfes mit Ruhe entgegen.

sch.

Zur Beamtenbesoldung.

Gegen die Vereinbarungen der Spitzenorganisationen will die demokratische Fraktion im Reichstag auftreten. Die Fraktion hatte auf Veranlassung ihres Mitgliedes Delius einen Unterausschuß zur Prüfung der Besoldungsvorlage eingesetzt, der zu dem Schluß kam, daß die geplante Regelung nicht befriedigen könne. Zwei verschiedene Besoldungsgruppen innerhalb des Grundgehalts müßten ausgeglichen, die Ehezulagen und die Kinderzulagen erhöht werden. Für die Wirtschaftsbeihilfen müsse ein gerechterer Maßstab gesucht werden und die Ortszulagen seien sofort nach den Beschlüssen über die Mietsteigerungen zu regeln. Die Rückkehr zum Wohnungsgeld sei erstrebenswert Die Fraktion werde versuchen, einen ständigen Ausschuß des Reichstages einzusetzen, mit der Befugnis ausgerüstet, namentlich während der Vertagung, die Beamtenbezüge den Teuerungsverhältnissen anzupassen.

Diese Aktion scheint einem gewissen Agitationsbedürfnis entgegenzukommen. Was könnten die Beamten alles fordern, wenn erst die demokratische Partei so stark ist wie sie es gern sein möchte!

Zum „Streik" bei der Mercur, Flugzeugbau, G. m. b. H.

Bei dieser Firma traten die Angestellten am 23. Februar in den Streik, gewissermaßen im Einverständnis mit der Firma, weil ihre Forderung vom Tage zuvor, daß der Betriebsrat geschlossen und bedingungslos von seinem Amte zurücktreten müsse, nicht erfüllt wurde. Der Betriebsrat verpflichtete sich, den Betrieb aufrechtzuerhalten und auch die Lohnverrechnung durch geeignete Personen vorzunehmen. Trotzdem man zugeben mußte, daß der Betrieb gut arbeite, erklärte der Direktor, ohne die Angestellten nicht weiter arbeiten zu lassen. Der Betrieb wurde geschlossen und die Belegschaft fristlos entlassen. Nach langwierigen Verhandlungen mit den Angestellten und deren Organisationen ließen diese von ihrer merkwürdigen Forderung ab und nunmehr sollte mit der Firma über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt werden. Sie erklärte, daß nur mit dem VBMJ. über die Betriebsöffnung verhandelt werden könnte. Diese Verhandlungen fanden am 17. März 1922 beim VBMJ. statt und nun versandte die Firma folgendes Schreiben:

Berlin, den 20. März 1922.

Mitteilung an Herrn . . . . . .

Nachdem am Freitag, den 17. März 1922, zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband ein Abkommen unterzeichnet wurde, welches den bestehenden Streik beendete und unsere Firma sich bereit erklärt hat, am Montag, den 20. März, den Betrieb wieder zu öffnen, ist für Sie kein Hindernis mehr vorhanden, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wir ersuchen Sie daher, sich bis zum Donnerstag, den 23. März, zwecks Einstellung in unserem Lohnbureau zu melden. Andernfalls kommt Ihre Arbeitsleistung für die Zukunft für uns nicht mehr in Frage.

Wir stellen fest, daß nach Angabe der Firma gar kein Streik bestanden, sondern eine Stillegung des Betriebes wegen des Streiks der Angestellten. Also konnte kein Abkommen von uns unterzeichnet werden, das einen Streik beendet.

Wir stellen weiter fest, daß der Vertreter der Firma unserem Vertreter Kahmann die Frage stellte: „Glauben Sie, daß unter diesen Bedingungen die Belegschaft die Arbeit wieder aufnehmen wird?" Worauf prompt die Antwort erfolgte: „Das entscheidet die Belegschaft, nicht ich als Verbandsvertreter."

Vorstehende Aufklärung halten wir für dringend notwendig, um falschen Gerüchten vorzubeugen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Aussichten des technischen Berufes.

25 000 junge Leute studierten im vorigen Semester an den technischen Hochschulen; die staatlichen technischen Fachschulen waren genötigt, eine große Zahl von Anmeldungen zurückzuweisen, und die technischen Privatschulen suchten durch Einrichtung von drei- bis vierfachen Parallelklassen die Massen der Lernbeflissenen unterzubringen. Nun konnte zwar infolge der durch die Entwertung unseres Geldes entstandenen günstigen Scheinkonjunktur vorläufig ein großer Teil der technischen Reifeschüler in der Industrie untergebracht werden. Wenn aber der unvermeidliche Rückschlag einsetzen wird, so wird er unter den Technikern eine weit schlimmere Arbeitslosigkeit zur Folge haben als die vorherige Krise. Nichtsdestoweniger bereiten sich, wie gesagt, auch jetzt noch viele Tausende auf den Technikerberuf vor, obwohl die Kosten einer mehrjährigen praktischen und theoretischen Lehrzeit gering gerechnet jährlich 15 000 M. betragen und schließlich der junge Techniker nur eine Stelle in der Industrie erhalten kann, bei der er kaum so viel verdient, wie für den Lebensunterhalt notwendig ist.

Aus diesem Grunde warnt der Bund der technischen Angestellten und Beamten alle Lernbeflissenen davor, sich von dem gegenwärtigen, scheinbar günstigen Stande der Industrie blenden zu lassen. Er weist mit Recht darauf hin, daß man die Berufswahl nicht als Konjunkturfrage betrachten soll, und richtet seine Warnung an diejenigen, denen es gleichgültig ist, welchen Beruf sie ergreifen, und die sich von ihm goldene Berge versprechen. Wer den unwiderstehlichen inneren Drang in sich fühlt, Techniker zu werden, werde und solle sich durch augenblickliche Hindernisse nicht zurückschrecken lassen. Auf jeden Fall sei aber jedem künftigen Techniker zu raten, sich die gründlichsten handwerksmäßigen Fertigkeiten anzueignen. Diese würden ihm nicht nur in seinem späteren Berufe zugute kommen, sondern ihm im Falle einer Arbeitslosigkeit als Techniker die Möglichkeit geben, als Handarbeiter durchzukommen.

Eine solche Stellungnahme kann man auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus gutheißen, da sie nichts mit einem kleinlichen Berufsegoismus zu tun hat.

Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie.

Da die Verhandlungen zwischen den Verbänden der Berliner Metallindustriellen und der Metallarbeiter erfolglos blieben, wird sich am Freitag das Reichsarbeitsministerium mit einem Ausgleich der Differenzen befassen bzw. einen Schiedsspruch fällen.

Angestellte der Metallindustrie!

Bei den Verhandlungen der Angestelltenorganisationen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller über die Angestelltengehälter für den Monat März, welche am Dienstag stattfanden, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Verhandlungen wurden resultatlos abgebrochen. Von den Angestelltenorganisationen wurde beim Reichsarbeitsministerium sofort die Einsetzung eines Schiedsgerichtes unter Vorsitz eines Unparteiischen beantragt Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht werden voraussichtlich am nächsten Montag sein.

Allgemeiner freier Angestelltenbund,
Ortskartell Groß-Berlin.

Die Arbeitslosigkeit in Wien.

Wien, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Zur Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat die sozialistische Gemeindeverwaltung von Wien ein Programm aufgestellt, das die Ausführung von Lieferungen in Höhe von 18 Milliarden Kronen für die Industrie vorsieht.

Achtung, Holzarbeiter. Herr Louis Beyer, Britzer Str. 7, schreibt uns, daß ihm von Lohnstreitigkeiten in seinem Betriebe nichts bekannt ist. „Die letzte Lohnerhöhung hat die Zustimmung der Arbeitnehmer gefunden."

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes hält die Sperre über den Betrieb aufrecht. Wenn Herr Beyer nicht weiß warum, kann er es bei ihr erfahren.

Die kaufmännischen Angestellten im Malergewerbe gehören zu denjenigen, welche heute am schlechtesten bezahlt werden. Da in den einzelnen Betrieben nur wenige Angestellte tätig sind, so bestand bisher unter ihnen so gut wie gar kein Zusammenhalt. Dem Zentralverband der Angestellten war es bisher auch nicht möglich, in dieser Branche einen Tarifvertrag abzuschließen, da die Arbeitgeber sich die gleichgültige Haltung der Angestellten zunutze machten, und es ablehnten, zu verhandeln. Nachdem sich jedoch in letzter Zeit eine Anzahl Kollegen im Zentralverband der Angestellten organisiert haben, sind Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages in Gang gekommen. Am Donnerstag abend 7½ Uhr findet im Bureau des ZdA., Belle-Alliance-Str. 7/10, 2. Hof III, eine Versammlung aller Kollegen der Branche statt, um zu der Sachlage Stellung zu nehmen. Alle müssen erscheinen! Die Malergehilfen, welche in Betrieben tätig sind, die kaufmännische Angestellte beschäftigen, werden ersucht, dieselben auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Kampf in der Züricher Holzindustrie. 5000 Holzarbeiter stehen in Zürich vor der Aussperrung. Am 16. und 17. März sind Anschläge des Schreinermeisterverbandes erschienen, in denen eine Lohnherabsetzung von 15 Centimes pro Stunde bekannt gegeben und den Arbeitern mitgeteilt wurde, daß sie sich im Falle der Ablehnung als ausgesperrt zu betrachten hätten.

Der italienische Hafenarbeiterstreik in Genua hat sich auf alle italienischen Häfen ausgedehnt. In Neapel, wo Arbeitswillige unter dem Schutze von Polizei und Fascisten tätig sind, kam es zu Zusammenstößen. Auch in Brindisi, wo die Fascisten unter den Arbeitslosen Streikbrecher anzuwerben suchten, kam es zu Unruhen. Der Verband der Hafenarbeiter von Genua forderte in einem Telegramm die sozialistische Kammerfraktion auf, sofort eine energische parlamentarische Aktion zugunsten der streikenden Hafenarbeiter einzuleiten.

Ein interskandinavischer Handlungsgehilfenkongreß fand kürzlich in Kristiania statt. Vertreten waren rund 45 000 organisierte Handlungsgehilfen aus Dänemark, Norwegen und Schweden. Der Kongreß beschloß eine Reihe von Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung, besonders bei wirtschaftlichen Kämpfen, und beschäftigte sich im übrigen mit der Frage eines einheitlichen Angestelltenrechts für die vertretenen Länder.

Der Verbandstag der Metallarbeiter Spaniens in Madrid erhob u. a. folgende Forderungen: Schaffung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, wirksame Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit, insbesondere sofortige Inangriffnahme der geplanten Vergrößerung des Eisenbahnnetzes um 18 000 Kilometer, Erhöhung der Beihilfen aus öffentlichen Mitteln für die Genossenschaften zur Errichtung von Kleinwohnungen. Ferner soll dem Abgeordnetenhause ein Gesetzentwurf betr. Einführung der Betriebskontrolle und des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechts bei der Leitung und Verwaltung der Unternehmungen vorgelegt werden. Zugunsten der Durchführung von Altersrenten wurde eine Erhöhung der Erbschaftssteuer verlangt.

Abflauen des Streiks in Westpolen. Nachdem Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern begonnen hatten, ist in Posen am Dienstag bereits ein großer Teil der Arbeiter in die Betriebe zurückgekehrt. In anderen Städten ist es zu einer Verständigung gekommen oder es wird doch mit einer baldigen Einigung gerechnet.

Verband der Fabrikarbeiter. Die am 14. März verlegte Funktionärkonferenz der technischen Gummiarbeiter Groß-Berlins findet heute nachmittag, pünktlich 5½ Uhr, im Lokal von Fenfara, Melchiorstr. 15, statt. Funktionärausweis und Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. — Die Branchenleitung.

Kupferschmiede. Donnerstag monatliche Mitgliederversammlung. Da die Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung von überaus großer Bedeutung ist, ist es Pflicht aller Mitglieder, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Bezirk VI (Halleches Tor). Bezirksversammlung Montag abend 6 Uhr in Gliesings Festsälen, Wasserturstraße 66. Bericht über den Mantel- und Lohntarif.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Bund. Abt. Schöneberg: Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 23. März, im Restaurant Händel, Schöneberg, Vorbergstr. 11. — Abt. Lichtenberg: Mitgliederversammlung am Montag, den 27. März, abends 7½ Uhr, bei Pickenhagen, Scharnweberstr. 60. — Abt. Tempelhof: Mitgliederversammlung am Dienstag, den 28. März, im Restaurant Mariendorf, Chausseestraße, Ecke Kurfürstenstraße, abends 7½ Uhr.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Rühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt".

Etabl. Café Zielka Heitere Spiele. Friedrichstraße Ecke Leipziger Straße Täglich 2 Vorstellungen, nachmittags 4½, abends 7½.

Kukirol beseitigt schnell, sicher und schmerzlos Hühneraugen Hornhaut, Schwielen, Warzen. Ärztlich empfohlen, Millionenfach bewährt. Ja Apotheken u. Drogerien erhältlich.

LEBENSMITTEL Hermann Tietz LEBENSMITTEL

Kohlrüben Pfd. 70 Pf.
Erdschocken ... Pfund 1.50
Mohrrüben ... Pfund 1.80
Weisskohl ... Pfund 3.25
Wirsingkohl ... Pfund 5.75
Meerrettig ... Pfund 13.50
Sellerie ... Pfund 4.75

Frische grüne Heringe Pfd. 4.20
Kabliau kopflos, im ganzen, Pfund 5.50
Merlan ... Pfund 4.50
Sprotten ... Pfund 13.00
Makrelbücklinge ... Pfund 7.80
Grosse Salzheringe Stück 1.05

Gem. Marmelade 6.5.
Kaninchen gefüllt, ohne Kopf, u. Lunge, Pfund 9.00

Leipziger Strasse — Frisches Fleisch — Alexanderplatz
Kalbsrücken ... Pfund 17.00
Kalbskeulen ... Pfund 19.00
Schweineschinken und Blatt ... Pfund 28.00
Schweinekamm u. Rücken Pfd. 30.00
Gehacktes ... Pfund 22.00
Prima Hammelkeulen fett Pfund 28.00
Prim. Hammelrücken u. Blatt, gefroren, Pfund 24.00
Schweinenieren gefroren ... Pfund 8.00

Vikt.-Erbsen Pfd. 7.00
Grüne Erbsen ... Pfund 7.00
Maismehl ... Pfund 7.00
Backobst ... Pfund 14.00
Speisesalz ... Pfund 65 Pf.
Kaffee-Ersatz 10% Bohnen Mischung, Pfund 16.00

Rotwurst ... Pfund 26.00
Landleberwurst ... Pfund 26.00
Grobe Mettwurst Pfund 30.00
Halberstädter Würstchen Dose 34.00
Leberwurst in Dosen, ausgewogen ... Pfund 12.00
Amer. Rindfleisch 1 Dose ca. 1 Pfund 19.00
Corned beef Dose ca. 1 Pfd. 15.50

1920er Hackenheimer Galgenberg ½ Fl. 18.50
1919er Oberhardt. Malkammerer 10 Fl. 175.00
1919er Braunsberger ½ Fl. 22.50
1919er Niersteiner 10 Fl. 210.00

Weizenmehl prima ... Pfund 8.50
Tafelreis ... Pfund 8.50

Montagna Naturrotwein ½ Fl. 12.50 ¼ Fl. 20.00
1917er Durkheimer Feuerberg ½ Fl. 15.00 ¼ Fl. 25.00
Weinbrand-Verschnitt* ½ Fl. 30.00 ¼ Fl. 57.50
Weinbrand-Verschnitt** ½ Fl. 32.50 ¼ Fl. 60.00

Preise ohne Flaschen. 2½% Weinsteuerzuschlag.
Leere Flaschen werden mit 3.00 in Zahlung genommen.

Funkenstation in der Aktentasche.

Die Entdeckung einer kommunistischen Funkentelegraphen-Empfangsstation hat das Interesse weiter Kreise der Bevölkerung auf dieses interessante Gebiet der Technik gelenkt. Wenn schon die technischen Dinge, deren man sich im täglichen Leben bedient, kaum so bekannt sind, wie es wünschenswert wäre, so trifft das im besonderen auf die Funkentelegraphie zu.

Während in der Jugendzeit der Funkentelegraphie sowohl Empfangs- als auch Sendestationen hoher Antennen bedurften, genügt heute die kleine Braunsche Rahmenantenne (ein mit Drähten bespannter Rahmen), mit der zum ersten Male Ende März 1918 Telegramme amerikanischer Stationen aufgenommen wurden. Die Einrichtung ist seitdem so vervollkommnet worden, daß die ganze Empfangsanlage, die aus einem kleinen Kästchen mit dem Hochfrequenzverstärker der Anodenbatterie, dem Abstimmungskondensator für den Rahmenkreis und dem Telephon besteht, nebst der zusammenlegbaren Rahmenantenne in einer Aktentasche untergebracht werden kann. Eine solche Anlage kann selbstverständlich leicht verborgen bleiben. Sie fällt nicht auf durch die Masten, die größere Funkenstationen sonst auszeichnen, und es ist durchaus möglich, mit ihnen alle Großstationen der Erde abzuhören. Die Rahmenantenne, die auch in geschlossenen Räumen aufgestellt sein kann, muß auf die Richtung der Sendestation eingestellt sein. Außerdem muß der Empfänger genau auf die Wellenlänge des Gebers abgestimmt werden, was sich mit wenigen Handgriffen leicht bewerkstelligen läßt. Die schwachen Aetherschwingungen, die jedes Hindernis leicht durchdringen, werden von der Rahmenantenne aufgenommen, und durch Lautverstärker im Telephon deutlich vernehmbar gemacht. Man hat diese Verstärker mit recht als ein modernes technisches Wunder bezeichnet. Sie wurden fast gleichzeitig und unabhängig voneinander vor wenigen Jahren in Amerika von Dr Forest und in Deutschland von Liden geschaffen.

Private Funkstationen dürfen in Deutschland nicht eingerichtet werden. Die Spezialfabriken liefern daher die komplizierten Apparate auch nicht an Privatpersonen. Es ist daher fast nur auf unrechtmäßige Weise möglich, sich in den Besitz solcher Apparate zu setzen.

Das Ende der Vorortarife?

Im Hauptausschuß des Reichstages hat gestern der Staatssekretär Stieler erklärt, daß in Kürze im Berliner Vorortsverkehr mit den billigen Monatskarten aufgeräumt werde. Dadurch wird auch in dem Vorortarif eine gewisse Ausgleichung an die Ferntarife erfolgen.

Wenn der Ausdruck „aufräumen" wirklich gefallen ist, so erinnert diese forsche Tonart merkwürdig unsympathisch an die ganz ähnliche Tonart der Kriegszeit. Wir meinen aber, es wird nicht so schnell „aufgeräumt" werden, wie es ausgesprochen worden ist. Einer radikal durchgeführten „Annäherung" der Berliner Vorortmonatskarten an die Ferntarife steht die ganze Siedlungsart Groß-Berlins entgegen. Das alte Regime hat Berlin sich zur Riesenstadt entwickeln lassen, ohne für ein großzügig angelegtes einheitliches Verkehrswesen zu sorgen. Als endlich der Gedanke der Auflockerung dieser aus zusammengeballten Mietskasernen bestehenden Stadt weite Volkskreise ergriff und die Siedlungsbewegung einsetzte, da war es wiederum das alte Regime, das keinen Finger rührte, um den Massen billiges Siedlungs- und Bauland zu verschaffen. Infolgedessen zogen die kleinen Leute weit hinaus, und es entstanden jene Verhältnisse, die die in Berlin Arbeitenden zwingen, außer der Vorortbahn auch noch eine, mitunter sogar zwei Straßenbahnlinien zu benutzen. Wie stellt man sich denn vor, auf welche Weise alle diese vielen Tausende die den Ferntarifen angeglichenen Vorortkarten bezahlen sollen? Daran ist einfach gar nicht zu denken. Unsere Siedler und Außenwohner sind aber durch den schweren Winter, den Kohlenmangel, die steigenden Reparaturaufwendungen, die zunehmenden Krankheiten in der Familie und die sich überstürzenden Preiserhöhungen bereits in einen derartigen Zustand der Erregung geraten, daß man es einfach nicht billigen kann, daß die Erregung der Menschen mit Redensarten, wie „aufräumen" und „angleichen an die Ferntarife", aufs äußerste gesteigert wird.

Vom Müll im Winkel.

Ungeahnte Ausnutzungsmöglichkeiten. — Günstige Ergebnisse der Berliner Müllverwertung.

Im Fuhrpark der Stadt Berlin sind drei Verwaltungszweige zusammengefaßt: die Müllbeseitigung, die Straßenreinigung und das eigentliche Fuhrwesen. Es soll damit erreicht werden, alle diejenigen Verwaltungen unter eine Leitung zu bringen, die in hervorragendem Maße mit Gefährten aller Art, Automobilen und Pferdegespannen, zu arbeiten haben. Das Bestreben, das jetzt sehr teure Pferd ganz zu verdrängen und durch Automobile zu ersetzen, wird wegen der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt nur ganz allmählich erreicht werden können.

Das Müll als Düngemittel.

Die Beseitigung des Hausmülls liegt in den Bezirken 1—6 noch in privaten Händen. Der Berliner Grundbesitzerverein hat eine Genossenschaft gebildet, die diese Aufgabe im Interesse und auf Rechnung der Hausbesitzer erledigt. In den Außenbezirken haben die meisten Bezirksämter bereits seit längerer Zeit die Müllbeseitigung in eigene Regie genommen. Aber die Art, wie die Abfuhr geschieht, und die Berechnung der Gebühren, wie die Verwertung des Mülls, sind keineswegs einheitlich geregelt. Die Arbeiten hierfür sind aber im Gange. Die Beseitigung des Hausmülls und seine Verwertung ist ein Problem, das je länger je mehr dringend eine Lösung heischt. Zwei Richtungen stehen sich hier ziemlich schroff gegenüber; die eine befürwortet die landwirtschaftliche Verwertung, die andere die Verbrennung des Mülls. Beide können gewichtige Gründe für ihre Auffassung ins Feld führen. Zum Beispiel ist der Beweis bereits erbracht, daß Müll ein vorzügliches Düngemittel abgibt. An mehr als einer Stelle in der Umgegend von Berlin sind in ganz sandigem Boden Versuche unternommen worden und haben zu sehr befriedigenden Ergebnissen geführt. Bei der dringenden Notwendigkeit, im Interesse der Ernährung unseres Volkes die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen, dürfen diese Erfahrungen nicht außer acht gelassen werden.

Zu hohe Transportkosten.

Die Zuführung des großstädtischen Mülls in die Landwirtschaft wird aber stark gefährdet durch die hohen Transportkosten. Diese sind fast unerschwinglich geworden, so daß man sich in der letzten Zeit immer eingehender auch mit der zweiten Möglichkeit der Müllbeseitigung, nämlich der Verbrennung, beschäftigt hat. Es wird Aufgabe der Reichsregierung sein müssen, zu prüfen, ob nicht hier eine entsprechende Ermäßigung der Transportkosten einzutreten hat, um die Millionenstadt Berlin von den Heizungsabgängen zu befreien. Geschieht dies nicht, so würde in der Zukunft die märkische Sandwüste auf ein willkommenes Meliorationsmittel gänzlich verzichten müssen. Und das wäre im Interesse der Allgemeinheit sehr zu bedauern.

Steine und Flaschen aus Müll.

Die Müllverbrennung hat auf der anderen Seite auch recht erhebliche Vorteile. Aus den Abgängen des Mülls verbleibt eine Schlacke, die zu Straßenaufschüttungen verwendet werden kann, aus der aber auch Steine, Kacheln, selbst Flaschen aller Art hergestellt werden können. Ueber die Verwendbarkeit der Steine bestehen unter den Sachverständigen freilich noch große Meinungsverschiedenheiten. Die Erfahrungen, die die Stadt Leipzig mit Pflasterungen und die Stadt Barmen mit Siedlungsbauten aus Schlackensteinen gewonnen hat, sind immerhin recht günstige. Der bei der Verbrennung des Mülls erzeugte Dampf kann außerdem als Kraft für Industriewerke nutzbar gemacht werden. Der Berliner Bezirk Schöneberg hat einen Müllverbrennungsofen mit einem Kostenaufwande von 15 Millionen Mark errichtet, der seit einigen Monaten in Betrieb ist. Ein endgültiges Urteil läßt sich über diesen Ofen, der nach den Plänen des Baurats Schiller in Schöneberg errichtet worden ist, zurzeit noch nicht abgeben. Selbst wenn bei diesem Ofen die Ergebnisse ganz günstige sein sollten, so werden die hohen Baukosten, die sich jetzt natürlich noch um ein Beträchtliches höher stellen, die Stadt Berlin hindern, eine größere Anzahl solcher Verbrennungswerke zu errichten. Auf längere Zeit wird deswegen wohl für beide Möglichkeiten der Müllbeseitigung und seiner Verwertung Raum bleiben müssen, wobei der landwirtschaftlichen zunächst wenigstens sicherlich der Vorzug zu geben sein wird.

•

Wenn man bedenkt, daß in Groß-Berlin alltäglich 3000 Kubikmeter (im Jahr rund 1 Million Kubikmeter) Müll abfällt, eine Menge, die nach Gewicht berechnet täglich 1500—2000 Tonnen (d. h. 30 000—40 000 Zentner) ausmacht, und wenn man weiter in Betracht zieht, daß diese Mengen allein an 100 000 M. für Eisenbahnfracht erfordern, dann wird ohne weiteres klar, welch ungeheuer wichtiges Problem hier für Groß-Berlin vorliegt.

Die gräflichen Lebensmittelkarten.

Der Wartensleben-Prozeß in der Berufungsinstanz.

Die seinerzeit viel erörterte Angelegenheit der Frau Gräfin Klara v. Wartensleben geb. von Schäffer-Bolt, die in verschiedenen Fällen des Volkswirtschaftsvergehens beschuldigt ist, beschäftigte in zweiter Instanz die Strafkammer des Landgerichts I.

Die Angeklagte besitzt bekanntlich neben ihrem Gute Blankenfelde auch eine Wohnung in Berlin in der Hohenzollernstraße. Sie bezog in ihrer Berliner Wohnung Lebensmittelkarten. Den Sommer über lebte sie mit ihrer Dienerschaft auf dem Gute, den Winter in Berlin; im Winter 1919/20 weilte sie jedoch ebenfalls auf dem Gute. Sie hat die ihr in Berlin zugeteilten Lebensmittelkarten auch dann nicht zurückgegeben, als sie sich auf ihrem Gute aufhielt. Ferner hat die Angeklagte während ihres Aufenthalts auf dem Gute für sich und ihre Dienerschaft, die sämtlich nicht Selbstversorger waren, täglich 5 Liter Milch und wöchentlich 7 Pfund Butter bezogen. Sie erhielt wegen dieser Vergehen gegen die Berliner Magistratsverordnung vom 9. Februar 1917 und die Verordnungen des Reichsausschusses des Kreises Teltow vom 30. Oktober und 21. November 1916 ein Strafmandat von 12 200 M. Die Angeklagte beantragte hiergegen gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht Berlin-Mitte Abt. 130 erkannte auf eine Gesamtstrafe von 66000 Mark, indem das Gericht einsetzte: wegen des unberechtigten Bezugs der Lebensmittelkarten die höchste zulässige Geldstrafe von 50 000 M., für die unbefugte Entnahme von täglich 5 Liter Milch die höchste Strafe von 10 000 M., wegen der Entnahme von Butter eine Strafe von 6000 M. In der Berufungsinstanz machte die Gräfin geltend, daß sie sich um die Verordnung der Lebensmittelkarten nicht gekümmert, aber von einem Rechtsanwalt durch ihren Verwalter Auskunft erbeten und den Bescheid erhalten habe, daß sie zum Bezug der Lebensmittel berechtigt sei. Im jetzigen Termin geißelte Staatsanw.-Rat Dr. Berliner das Verhalten der Angeklagten als besonders verwerflich und unsozial; er beantragte schließlich eine Gesamtstrafe von 16 200 M. Die Strafkammer änderte das erste Urteil in bezug auf das Strafmaß ab: es reduzierte die Strafe zu 1. von 50 000 M. auf 200 M., zu 2. auf 5000 M. und zu 3. auf 5000 M.; so daß auf eine Gesamtstrafe von 11 200 M. erkannt wurde.

Das Gericht erklärte die Strafe von 50 000 M. für das erste rein formelle Delikt für viel zu hoch und stellte im übrigen fest, daß die Gräfin 5 Pfund Butter pro Woche zuviel bezogen habe, ebenso täglich mehr Milch als ihr zustand.

Oeffentliche Glücksspiele für gelegentliche Veranstaltungen erlaubt. In abänderung der Verfügung vom 4. Oktober 1921 hat der Polizeipräsident bestimmt, daß in Zukunft die Genehmigung zur Abhaltung von öffentlichen Glücksspielen um Geld in solchen Fällen erteilt werden kann, in denen sie für Schützenfeste, Ernte- und Laubenfeste, Jahrmärkte oder ähnliche unter freiem Himmel gelegentlich stattfindende Veranstaltungen von vorübergehender Dauer nachgesucht wird. Für die Genehmigungen sind die vorgeschriebenen Bedingungen maßgebend. Für die Rummelplätze ist die Genehmigung grundsätzlich zu versagen, da bei diesen Veranstaltungen die Voraussetzungen nicht zutreffen. Die Bearbeitung der Anträge und die Erteilung der Einzelerlaubnis ist den Polizeiämtern übertragen worden. Für die Bearbeitung der Allgemeinsachen bleibt die Zuständigkeit der Abteilung W bestehen.

12]

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Aber im Grunde fühlte er sich müde, er hatte in der Nacht nicht besonders geschlafen, und so legte er sich auf sein Ledersofa und schloß einen Moment die Augen. Aber ihm war, als könne er weiß wie lange nicht mehr aufstehen.

Das Unheimliche war, daß er nun auf Schritt und Tritt Wangen vor sich sah. Seit dem Tage, da er seine Zuflucht dazu genommen hatte, ihn schlecht zu machen, um sich selber vor dem Gang zum Amtmann zurückzuhalten, — seitdem war ihm dieser Mann wie in sein Bewußtsein eingebrannt. Er begann, ihn überall zu treffen, in jedem zu sehen, mit dem er sprach. Und jetzt — jetzt sah er ihn wieder . . . und fuhr auf, hinaus, spannte an und eilte in den Wald, um nach den Holzfuhren zu sehen.

Norby geht mit der Peitsche auf ihn los. Er kann kein Wort hervorbringen. Da sagt Wangen, während er sich ans Abladen macht: „Du wolltest mir eine Fälschung andichten, Norby, aber wie steht's denn mit deiner eigenen Unterschrift?" Norby hebt die Peitsche und will auf ihn eindringen, aber da kommt eine neue Holzfuhre oben am Berge zum Vorschein, und wieder setzt sich das Pferd auf die Hinterbeine und kommt ins Gleiten. So fährt man also mit Norbys Pferden! Denen will er es schon zeigen!

Und weither in den Bergen hört er die Stämme zu Tal donnern und schnell kommt er hin. In großen Haufen liegen sie zusammengeschleppt am Wege, und da oben an dem steilen Hang, wo eine Schneise in den Wald gehauen ist, kommt eine Fuhre an. Aber was ist das? Das Pferd davor setzt sich auf die Hinterhand und beginnt zu gleiten. Pferd und Wagen verschwinden im Schneewirbel, der den langen Sturzhang herunterfaust. Das ist ja Wahnsinn, der Bauer kocht vor Zorn. Aber wie die Fuhre unten am Wege ankommt, ist das Pferd ganz unbeschädigt, und zu seiner großen Verwunderung sitzt Wangen auf den Stämmen und kutschiert.

Aber wie der Holzknecht bei dem Haufen am Wege ankommt, da ist es wieder Wangen. Wie zum Teufel . . .? Und jetzt lädt er wieder ab und sagt mit seinem spöttischen Lächeln: „Du willst mich zum Fälscher machen, Norby, aber . . . he, he, was hast du denn gemacht?" Wieder will Norby mit erhobener Peitsche auf ihn los, aber da sieht er plötzlich ein neues Pferd oben am Berge. Das ist sein junger Zuchthengst, — so verdirbt man ihm die Füße. Aber wieder mit demselben Grinsen: „Hör' mal, Norby, hast du ein gutes Gewissen? Der Zeuge ist sicherlich tot, aber . . . wart's nur ab!" Und es kommt wieder eine Fuhre und wieder eine, der Hang ist eine Schneewolke über einer ganzen Kette von Fuhren, und da oben kommen immer mehr. Wangen fährt jede Fuhre, immer dieser verdammte Wangen.

Der Bauer fährt mit einem Schrei auf vom Sofa und reibt sich die Augen. Gott sei Dank! . . .

„Nein, du mußt dir wirklich etwas zu tun machen." Und er macht sich zurecht und geht hinaus. Heute ist es schon zu spät, nach dem Holzschlag zu sehen. Er schlendert durch den Schweinestall. Aber die zwölf fetten, gelblichen Tiere, die bisher sein Stolz waren, kommen ihm jetzt ganz verunglückt vor. „Es geht allmählich rückwärts mit dir, alter Norby," dachte er. „Und nun sollst du obendrein noch diese Geschichte haben — das ist der Dank . . . weil du in all deiner Gutmütigkeit . . ." Er seufzte und wollte weitergehen. Aber eine Sau steckte die Schnauze durchs Gitter und wollte gekraut sein. Der Alte streckte auch die Hand aus, fuhr aber plötzlich einen Schritt zurück. Denn diese Sau hatte ja auch . . .

Es lief ihm kalt über den Rücken, und er ging schnell hinaus. Wie in einer Art Neugier mußte er nun auch durch den Kuhstall gehen. Die Rinder drehten eines nach dem anderen in ihren Ständen den Kopf nach ihm und brüllten ihn an. Und halb neugierig, halb erschreckt starrte er auf jeden Rinderkopf, und der erste — der zweite, der dritte — hu, was war denn das! Schnell drehte er sich um und floh förmlich hinaus. Jetzt fing er auch schon an, dies verdammte Gesicht an den unschuldigen Tieren zu sehen. Er schlug die schwere Stalltüre hart zu, und da er zugleich ein paar Kühe brüllen hörte, wurde es ihm noch unheimlicher.

„Ein großer Dummkopf bist du," sagte er sich schließlich selber, als er wohlbehalten draußen stand, „daß du dir so etwas einbildest." Er ging wieder auf den Stall zu, wandte sich aber plötzlich ab. Er konnte es nicht.

Es schien ihm allmählich, daß die Hofleute nicht mehr denselben Respekt wie früher vor ihm hatten, und darum wurde er ungewöhnlich heftig gegen sie. Wenn er ausfuhr, war ihm, als wären auch die Pferde nicht mehr so gutwillig wie sonst — als hätten auch die einen Verdacht, — und er brauchte die Peitsche, wie nie zuvor und fuhr ganz rücksichtslos. Aber jedenfalls war gar nicht zu verkennen, daß sein guter Freund „Hektor" anfing, ihn scheu anzusehen, als ahnte auch der etwas.

„Nimm's mit der Ruhe," dachte er, — „auf alle Fälle bist du in der Achtung der Menschen gestiegen." Der Zorn der Gemeinde gegen Wangen setzte Norby nur in ein um so besseres Licht. Wenn einer für Wangen Partei nahm, so reizte das zwanzig andere, sich auf Norbys Seite zu stellen. Und wenn der Alte in seinem schnellen Schlitten und in seinem Pelz dahergefahren kam, dann grüßten die Leute tiefer als früher, und die ihn sonst nie gegrüßt hatten, taten es jetzt. Ein stilles, innerliches Lachen konnte in dem Bauern aufleuchten: „die Tiere verachten dich um dessen, was du getan, aber die Menschen achten dich. So ist die Welt."

„Die treiben doch wohl nicht bloß ihre Possen mit dir," dachte er eines schönen Tagens. „Wenn sie dir nun all diese Ehre nur aus Spott antun!" das war schließlich nicht mehr auszuhalten, er mußte sich darüber Sicherheit verschaffen.

Eines Tages wurde der Pfarrhof damit überrascht, daß Norby vorgefahren kam und in seinen schweren Winterstiefeln hineinstapfte. Er war sehr guter Laune, und während er so dasaß, den Oberkörper vornüber geneigt, und sich die Knie strich, erzählte er, am Samstag wollten er und seine Frau ein ganzes Schwein am Spieße braten, — so wie er es in England gesehen hatte. Und wenn man hinkommen wolle, könne vielleicht ein Knochen zum abknabbern abfallen.

Und wirklich. Pfarrer und Frau mußten lachen, — er hatte immer so seine eigene Art, die Leute einzuladen. Und der alte Bauer dachte: „Wenn sie so herzlich lachen, haben sie, weiß der Teufel, kein Mißtrauen gegen dich." Und als beide mit Dank die Einladung angenommen hatten, fühlte er sich sicher.

Auch beim Doktor kam er hereingeschneit, und da ging es ebenso gut. Und dann war er beim Amtmann und Amtsrichter und Schulzen — und als er endlich die Nase heimwärts kehrte, saß er stillvergnügt lächelnd in seinem Schlitten.

Es war, wie gewöhnlich, ein Mordsessen auf Norby. Besonders freute sich der Alte, ein Silberzeug und einen Wein auf den Tisch bringen zu können, desgleichen keiner der Herren Beamten aufweisen konnte. Der Schweinebraten und Wein brachte die Leute in gute Laune, und des Alten Gesicht strahlte und wurde röter und heller, je mehr er aß und trank und schwatzte. Die große Angelegenheit selber kam nicht zur Sprache. Aber wie er so am Tischende saß und die Reihen herunter prostete, bald mit einem allein, bald mit allen zusammen, da bemerkte er in den Blicken und Lächeln gerade das, was er haben wollte, nämlich: „Du bist ein prächtiger, tüchtiger Bursche."

(Fortsetzung folgt.)

Die Notwohnung im Bauernschrank.

Ein nächtlicher Spuk im Warenhaus.

Eine Diebsaffäre, die eines gewissen humoristischen Beigeschmacks nicht entbehrt, beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte.

Eines Nachts machte einer der im Warenhause Wertheim angestellten Wächter die Runde, als er ein sonderbares Aechzen und Stöhnen vernahm, welches hin und wieder mit unheimlich hohl klingenden Schnarchlauten abwechselte, um dann plötzlich zu verstummen. Alle Versuche, dieser sonderbaren Erscheinung auf den Grund zu kommen, waren vergeblich, so daß sich der Wächter einen Kollegen zu Hilfe holte. Beide stellten fest, daß die unheimlichen Töne aus der Antiquitätenabteilung kamen. In einem alten Thüringer Bauernschrank entdeckten sie schließlich den „Spukgeist". Dort lag schlafend und schnarchend der jetzige Angeklagte Kaufmann Erich Koschinski, der unter dem Verdacht, sich in diebischer Absicht in das Warenhaus eingeschlichen zu haben, verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde. Von Rechtsanwalt Dr. Brandt wurde die baldige Freilassung durch den Hinweis erwirkt, daß K. lediglich ein Opfer des Wohnungsamts sei. Er habe bei einer nach auswärts verzogenen Familie gewohnt und von dem Wohnungsamt nicht rechtzeitig ein anderes möbliertes Zimmer zugewiesen erhalten, so daß er obdachlos war. Im Erfrischungsraum des Warenhauses sei er auf den Gedanken gekommen, in dem Schrank zu übernachten. Es liege also auch nicht einmal Hausfriedensbruch vor, da K. nicht widerrechtlich eingedrungen sei. Das Gericht schloß sich dieser Rechtsausführung an und sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

Sympathieversammlung für Professor Nicolai. Aus Anlaß der Abreise des Prof. Nicolai nach Argentinien hatte der Bund Neues Vaterland zu einer Versammlung unter der Leitung v. Gerlachs eingeladen. Der Saal war dicht gefüllt. Ein Versuch zu einer Gegendemonstration wurde im Keime erstickt. Als erster ergriff v. Gerlach das Wort zu dem Thema: „Der Fall Nicolai und die auswärtige Politik." In Verfolg dieses Themas sprach Dr. Wehberg als Völkerrechtslehrer über die Bedeutung der deutschen Professoren im Lichte des Völkerrechtes. Die juristische Unhaltbarkeit des Senatsspruches gegen Professor Nicolai beleuchtete unter starkem Beifall Rechtsanwalt Dr. Schweitzer. Professor Nicolai hielt eine Abschiedsansprache, in der er gegen die Berliner Universitätsprofessoren polemisierte. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der gefordert wurde, daß der Landtag sich mit diesem Fall beschäftige.

Der Gau Berlin des Bundes Deutscher Mietervereine weist darauf hin, daß es angesichts der Erhöhung der Höchstmietenzuschläge von 120—180 Proz. Aufgabe der Aufsichtsbehörden sein werde, den Beschluß zu beanstanden und die Höhe der Zuschläge auf das richtige Maß zurückzuführen.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Elternbeiräte des 12. Verwaltungsbezirks. Freitag, den 24. März, abends 7½ Uhr, findet eine wichtige Sitzung sämtlicher Elternbeiräte im Klassenzimmer, Gymnasium Steglitz, Herderstraße, statt. Besprechung wegen Neuwahl.

Deutsche Friedensgesellschaft. Ortsgruppe Berlin. Freitag 7 Uhr im Bürgersaal des Rathauses, Königstraße, Vortrag des Genossen Pfarrer Franke: „Die Einschränkung der Staatssouveränität durch den Pazifismus". Diskussion.

Sinfoniekonzerte in Köpenick. Mit dem Blüthner-Orchester wird unter Leitung des Herrn Musikdirektors Heinz Hanes, des Gründers der Köpenicker Sinfonischen Volkskonzerte, die jetzt die Direktion für Kunst und Bildung des Verwaltungsbezirks Köpenick übernommen hat, am 29. März, abends 8 Uhr, im Erholungshause Spindlersfeld in Köpenick ein Sinfoniekonzert — Liszt-Wagner-Abend — stattfinden.

Volksbildungsamt Reinickendorf. Brahms-Abend des Steiner-Rothstein-Quartetts Donnerstag, den 23. März, abends 7½ Uhr, in Tegel, Humboldtschule. Karten zu 3 M. an den bekannten Stellen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Die neue Adresse des Bezirksbildungsausschusses ist von heute ab: Lindenstraße 3, 2. Hof zwei Treppen, Zimmer 8/9. Tel.: Moritzplatz 1210 8 - 10. — Heute abend, pünktlich ½6 Uhr, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Sitzung des engeren Bildungsausschusses. — Die Fragebogen für das Geschäftsjahr 1922/23 gelangen zur Ausgabe und sind am dem Bureau in Empfang zu nehmen. — Sonnabend, den 25. März, abends 7½ Uhr, in Tempelhof, Schulaula Werderstraße, Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße, 1. Vortrag aus der Reihe der wissenschaftlichen Einzelvorträge „Die Kulturaufgaben der Sozialdemokratie". Referent: Genosse Hortig. Eintritt 1 M.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr.
Telephon Moritzplatz 121 08 - 121 10.

Heute, Donnerstag, den 23. März:

Der Volkstanzkursus findet heute abend im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Teilnehmer werden nicht mehr aufgenommen.

Friedenau: Jugendheim Laubsche Gartenstadtstraße. Vortrag: „Kunst im Mittelalter". — **Neukölln-Nord:** Jugendheim Münchener Str. 52, Vortrag: „Positivismus"; Vorlesung von Karl Kruse aus der Schrift „Nie wieder — —". — **Norden:** Jugendheim Gemeindeschule Pankower Straße, Vortrag: „Ein Blick ins Mikroskop". — **Strelitzer Viertel:** Jugendheim Gemeindeschule Naglerstr. 3, Vortrag: „Die Entstehung des Kapitals". — **Schönhauser Vorstadt I:** Jugendheim Gemeindeschule Sonnenburger Str. 20, Vortrag: „Geschichte der Genossenschaftsbewegung". — **Reinickendorfer Viertel:** Jugendheim Gemeindeschule Glogauer Straße, Vortrag: „Warum bin ich in der Arbeiterjugend".

•

Am Sonnabend, den 25., findet im Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr., eine Konferenz der Abteilungskassierer statt. Auf der Konferenz werden die Marken, Mitteilungsblätter und Zeitungen für den Monat April ausgegeben.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 22. März.

1. Rennen. 1. Miß Gregor (E. Treuherz), 2. Verdun (H. Baade), 3. Zukunft (G. Wiesener). Tot.: 22 : 10, Platz: 12, 15 : 10. Ferner liefen: Nordion, Basalt, Cavalme.

2. Rennen. 1. Longobarde (Großmann), 2. Spartakus (Kreipl), 3. Kopernika (Hans Schleusener). Tot.: 15 : 10, Platz: 10, 11 : 10. Ferner lief: Jalus I.

3. Rennen. 1. Pikantriese (A. Freund), 2. Paul B. (Lautenberger), 3. Quecksilber I (Kreipl). Tot.: 42 : 10, Platz: 16, 19, 24 : 10. Ferner liefen: Alpium, Handstreich, Bohy, Doppelgänger, Röchen I, Schlips, Barde, Colonnel Dillon, Normanne I (als 1. disqualifiziert, 80 Proz. der Einsätze zurück).

4. Rennen. 1. Franko I (Grube), 2. Mirabelis I (Wielener), 3. Hannoslied (Czerlan). Tot.: 29 : 10, Platz: 10, 10 : 10. Ferner lief: Blonka K. (als 2. disqualifiziert, 80 Proz. der Platzwetten zurück).

5. Rennen. Elsa I (Weidner) 2. Gradista (Willerstedt), 3. Flieger (Kleinau). Ferner liefen: Brünhilde III, Dardanella, Floestine II, Siegmund Sitzer, Holsteiner, Perry K. (als 1. disqualifiziert).

Die Radrennbahn Treptow hat für den kommenden Sonntag ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Die Dauerfahrer bestreiten den großen Frühlingspreis über 40 Kilometer sowie ein 15- und 20-Kilometerrennen. Für die Flieger ist ein Vorgabe- und ein 30-Kilometer-Punktefahren ausgeschrieben. An den Dauerrennen starten Lymanow, Bauer, Wolthour (Amerika) und Vermeer (Holland). Zu den Fliegerrennen haben sich bereits so gute Fahrer wie: Schwad, Techmer, Hoffmann, Kendelbacher, Münzner usw. gemeldet.

Arbeitersport.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Sonntag vormittag 9 Uhr Sportlehrstunde in Schöneberg, Turnhalle Kätherstraße. — **Bezirk Schöneberg.** Sonnabend 15. Stiftungsfest in der Gesellschaftsbrauerei Schöneberg. — **Bezirk Süden.** Sonntag Männerturnfahrt. Treffpunkt Sonntag früh 7 Uhr Schles. Bhf.; Turnerinnenturnfahrt. Treffpunkt 7½ Uhr Kottbuser Tor. Abends gemütliches Beisammensein Urbanstr. 68.

Wetter bis Freitag mittag. Vielfach heiter, aber kühl und veränderlich, im Norden nur vereinzelte, im Süden öfters wiederholte, meist geringe Schneefälle. In der Nacht zu Freitag wieder überall Frost.

Die Umsatzsteuer angenommen.

Den Reichstag beschäftigte gestern zunächst das Gesetz über die

Vereinigung Pyrmonts mit Preußen.

Der Ausschuß schlägt vor, sich auch für die Vereinigung Waldecks mit Preußen auszusprechen; sie wird mit dem Gesetz angenommen unter Ablehnung einer Entschließung der KPD. zugunsten der Einverleibung der versprengten Teile Oldenburgs, Braunschweigs und Anhalts, der Abtretung des Gebietes von Schmalkalden an Thüringen und Aufhebung der Selbständigkeit anderer Zwergstaaten.

Darauf wird

die Steuerberatung

fortgesetzt beim Kapitalverkehrssteuergesetz, das in sich die Gesellschafts-, Wertpapier-, Börsenumsatz-, Aufsichtsrats- und Gewerbeanschaffungssteuer vereinigt. Die Kapitalverkehrssteuer soll all das erfassen, was durch die übrigen Gesetzentwürfe noch nicht erfaßt wurde. Der Reichsstempel soll durch die Gesellschaftssteuer von 5 auf 7½ Proz. erhöht werden, ermäßigt bei Gesellschaften m. b. H. mit einem Stammkapital bis zu 100 000 M. auf 3 Proz. Die Wertpapiersteuer setzt für Obligationen einen Steuersatz von 4 Proz. fest, für inländische Schuld- und Rentenverschreibungen ½ Proz., für ausländische 2 Proz. und für die übrigen Wertpapiere 7½ Proz. Die Börsenumsatzsteuer will die Privatgeschäfte an der Börse besonders besteuern. Die Aufsichtsratssteuer beträgt 20 Proz. der Aufsichtsratstantiemen.

Der Ausschuß beantragt Ablehnung der Gewerbeanschaffungssteuer.

Die Abgg. Bernstein (Soz.), Herz (U. Soz.) und Koenen (Komm.) fordern Verschärfung der Steuersätze, u. a. auch Erhöhung der Aufsichtsratssteuer auf 50 Proz. Dies wird abgelehnt und die Vorlagen werden angenommen.

Es folgt dann die zweite Beratung der Novelle zum

Umsatzsteuergesetz.

Der Ausschuß beantragt eine Erhöhung auf 2 Proz. Die Inseratensteuer soll nach der Höhe der Inseratteneinnahmen gestaffelt werden. Steuersatz bei den ersten 200 000 M. der Einnahme innerhalb eines Kalenderjahres 1 Proz., erhöht sich bei den nächsten 200 000 M. auf 1½ Proz., von den nächsten 200 000 M. auf 2 Proz., von den weiteren 200 000 M. werden 2½ Proz., von abermals 200 000 M. 3 Proz. und von den nächsten 100 000 M. 3½ Proz. und darüber hinaus 4 Proz. erhoben.

Die Hotelsteuer erhöht sich auf 10 Proz., wenn das Entgelt für den Tag oder die Nacht 40 M. oder mehr beträgt. Zur

Luxusumsatzsteuer

hat der Ausschuß beschlossen, die Bestimmungen über die Abgrenzung der luxussteuerpflichtigen Gegenstände wesentlich einzuschränken, wobei die hochwertige deutsche Arbeitsleistung neu zu schützen ist. Falls die neue Fassung nicht bis zum 1. Oktober d. J. dem Reichstage vorgelegt wird, sollen die Vorschriften über die Luxussteuer außer Kraft treten.

In der Debatte sprach nach Oppositionsrednern, wie Dr. Breitscheid (USP.)

Abg. Hartleib (Soz.):

Meine Partei kann sich mit dem Gedanken und dem Prinzip der Umsatzsteuer nicht befreunden. Wenn sie aber trotzdem dafür stimmt, so darum, weil wir im gegenwärtigen Augenblick unter einem bestimmten Zwange handeln. Wenn man sich schon einmal zur

Erfüllungspolitik

bekennt, dann muß man auch dem Staate die Mittel bewilligen, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Auch die Unabhängigen und die Kommunisten haben sich durch ihre Anträge zum Prinzip des Umsatzsteuergesetzes bekannt. Die Unabhängigen beantragen, daß der alte Prozentsatz wieder erhoben wird, und die Kommunisten wollen eine Umsatzsteuer von ½ Proz. Anscheinend ist der antisoziale Charakter der Umsatzsteuer bei den Unabhängigen erst in den letzten Wochen entdeckt worden. Warum haben beispielsweise die Unabhängigen nicht schon im Jahre 1919 die Beseitigung der Umsatzsteuer verlangt? Wenn man von der Besteuerung der Genossenschaft spricht, dann darf man nicht so tun, als handle es sich jetzt darum, den Umsatz der Bevölkerung mit einer neuen Steuer von 2 Proz. zu belasten. In Wirklichkeit handelt es sich um ihre Erhöhung um ½ Proz. Im Zeitalter der Warenknappheit ist es selbstverständlich, daß die Umsatzsteuer in der jetzt beantragten Höhe von 2 Proz.

schon vor Monaten auf den Verbrauch abgewälzt

wurde. Die Bevölkerung trägt also diese neue Belastung schon seit langer Zeit. Den Steuerdrückebergern das Handwerk zu legen, wäre sehr einfach, wenn die zuständigen Behörden mit der nötigen Entschiedenheit vorgehen würden. Die Freilassung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer wäre nur ein Akt der Gerechtigkeit gewesen. Diese Erkenntnis kommt den Unabhängigen und Kommunisten leider viel zu spät. Sie hätten schon im Jahre 1919 verwirklichen können, was sie heute als notwendig erklären. Eine Bevorzugung der landwirtschaftlichen Genossenschaften können wir im Hinblick auf die glänzenden Finanzen der Landwirtschaft nicht gutheißen. Einverstanden erklären können wir uns mit dem Antrag Hergt, den Verkauf von Kleingartenerzeugnissen von der Umsatzsteuer zu befreien, soweit es sich um Invaliden, Kriegsbeschädigte und sonstige kleine Leute handelt, die nicht fremde Personen beschäftigen und soweit die Erzeugnisse im eigenen Haushalt verbraucht werden.

In einer weiteren Debatte zwischen den sozialistischen Parteien über die Besteuerung der Genossenschaften, die zeigt, daß insbesondere die Kommunisten diese, auch von uns bedauerte Erscheinung des Kompromisses zur Agitation gegen uns ausnützen wollen, legt Abg. Kahmann (Soz.) den Leidensweg dieses Teiles der Steuervereinbarung dar und führt vor, wie die Sozialdemokratie alles getan hat, um die Genossenschaften von der Steuer zu befreien, leider vergeblich.

Abg. Höllein (Komm.) hatte vorher zur Erheiterung des Hauses behauptet, die Sozialdemokratie drücke mit ihrer jetzigen Haltung Lassalle und Bebel an die Wand, daß sie quietschen.

Ein kommunistischer Antrag auf Ablehnung des Umsatzsteuergesetzes und ein demokratischer auf Umsatzsteuerfreiheit der Handelsvertreter wurden abgelehnt. Angenommen wird der deutschnationale Antrag, die Erzeugnisse der Kleingartenwirtschaft, Kleinviehzucht, Kleinlandwirtschaft bei der Entnahme für den eigenen Bedarf umsatzsteuerfrei zu lassen. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Steuerfreiheit für die Genossenschaften mit 207 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird der § 13, der die Umsatzsteuer auf 2 Proz. festsetzt. Die Unabhängigen hatten beantragt, sie auf 1½ Proz. zu bemessen.

Im weiteren Verlauf beantragt Abg. Koenen (Komm.), den Ertrag der Umsatzsteuer zu sozialen Zwecken zu verwenden. Vor der Abstimmung bezweifelt er die Beschlußfähigkeit. Die Feststellung muß durch Namensaufruf erfolgen.

Abg. Fehrenbach (Z.) schlägt vor, zur Zeitersparnis die Beschlußfähigkeit durch Hammelsprung festzustellen. Die Kommunisten widersprechen.

Darauf stellt Vizepräsident Rieser die Beschlußfähigkeit des Hauses fest (es sind inzwischen viele Abgeordnete in den Saal gekommen). Der Antrag Koenen wird abgelehnt.

In zweiter Lesung wird die Inseratensteuer abgelehnt. Die Inserate unterliegen künftig der Umsatzsteuer.

Nach einer neuen Debatte wird in einer von den Kommunisten beantragten namentlichen Abstimmung mit 130 gegen 119 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen (der Kommunisten) beschlossen, den Termin für das

Inkrafttreten der Umsatzsteuererhöhung

auf den 1. Januar 1922 festzusetzen.

Donnerstag 2 Uhr (Fortsetzung der Steuerberatungen). Schluß 10¼ Uhr.

Wirtschaft

Danzig unter dem polnischen Zolltarif.

Aus Danzig erhalten wir folgende Zuschrift:

Seit dem 11. Januar 1922 bilden Danzig und Polen ein einheitliches Zollgebiet. Der aus dem Jahre 1919 stammende polnische Zolltarif, dem die Freie Stadt Danzig nunmehr unterstellt ist, ist dem alten russischen Zolltarif nachgebildet. Ein oberflächlicher Einblick in ihn überzeugt von seiner Rückständigkeit. Durch die Entwertung der polnischen Mark reichen dem polnischen Staat die im Tarif festgesetzten Zollsätze nicht aus. Um diese auf dem Wege der Verfügungen ändern zu können, hat man Zollmultiplikatoren eingeführt, die dauernd erhöht werden.

Um Danzig die Zollgemeinschaft mit Polen, die durch den Versailler Friedensvertrag Danzig aufgezwungen wurde, geschmackvoller zu machen, sind durch ein Zusatzabkommen vom 21. Dezember 1921 zum Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen für Danzig auf einen geringen Teil von Waren Kontingente festgesetzt worden, die eine 25—75proz. Zollermäßigung vorsehen. Nach § 1 des Abkommens sind die Kontingente nur für den Danziger Bedarf eines Jahres bemessen, doch müssen die Einfuhren der auf Kontingent bezogenen Waren bis zum 30. September 1922 bewirkt sein. Festgesetzt sind diese Warenkontingente trotz dreimonatigen Bestehens des Abkommens bisher noch nicht.

Maschinen mit Zubehör für Danziger Industrielle, Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte, die ihre Betriebe auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse einstellen oder neue Betriebe aus gleichem Anlaß aufnehmen, werden bis zum 31. Dezember 1922 zollfrei in das Gebiet der Freien Stadt Danzig hereingelassen. Nach Ablauf des 30. September 1922 bzw. 31. Dezember 1922 tritt der polnische Zolltarif mit seiner vollen Schärfe in Kraft.

Durch die Einverleibung der „Freien Stadt Danzig" in die Zollgemeinschaft Polens ist die alte deutsche Handelsstadt Danzig vom Mutterlande völlig getrennt und in ein neues, nur kein besseres Staatengebilde eingereiht worden. Die Zölle in ihrer jetzigen Form sind für Danzig von katastrophaler Wirkung und können zum Aufblühen der „Freien Stadt Danzig" keineswegs beitragen. Mit dem Aufverkauf der zollfreien Waren, die neben der Zollware zurzeit noch überall zu haben ist, werden durch die Zollaufschläge Preise gezahlt werden müssen, die zu dem Einkommen der Danziger Bevölkerung in gar keinem Verhältnis stehen. Wenn, um nur zwei notwendige Bedarfsartikel hervorzuheben, für einen gewöhnlichen Herrenanzug 1000 M. und für ein Paar gewöhnliche Herrenschnürstiefel etwa 140 M. an Zoll in deutscher Währung gezahlt werden muß, so ergeben die Zölle eine Verteuerung des Lebensunterhalts um 50 Proz. gegenüber Deutschland. Danzig hat die deutsche Währung, die Berechnung der Zölle erfolgt nach polnischer Währung. Da die polnische Mark starken Schwankungen unterliegt und gegenüber der deutschen Mark viel geringer bewertet wird, so ändern sich die Zollsätze täglich.

Die Arbeiterorganisationen, Gewerbetreibende und die Kaufmannschaft Danzigs haben vor Abschluß des Danzig-polnischen Abschlusses gegen die schädlichen Wirkungen erfolglos Protest erhoben.

Unter Assistenz des Danziger Senators Jewelowski, der in Polen große Besitzungen hat, kamen die Zoll- und Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen zustande. Die Wünsche der Interpellanten, zu den Verhandlungen mit Polen Vertreter aus den Danziger Wirtschaftskreisen hinzuziehen, hat der Senat einfach ignoriert. Auch zu den augenblicklichen Verhandlungen mit dem polnischen Zollausschuß über wichtige Zollfragen hat der Senat nur Regierungsvertreter entsandt. Der Zusatzantrag vom 21. Dezember 1921 zum Danzig-polnischen Wirtschaftsvertrag vom 24. Oktober 1921, der ausdrücklich bestimmt, daß im Zollausschuß die Freie Stadt Danzig von vier Delegierten vertreten sein soll, und zwar sollen von diesen drei Vertreter aus dem Danziger Wirtschaftskreise und einer aus der Danziger Regierung sein, fand keine Beachtung.

Die Außerachtlassung der Wünsche der Danziger Bevölkerung und die Nichtbeachtung der Abmachungen zwischen zwei Staaten durch die Danziger Regierung kann der Freien Stadt Danzig sicherlich nicht dienlich sein.

Die Preispolitik der Kaliindustrie.

In unserem gestrigen Morgenblatt hatten wir an den Reichskalirat die Forderung gerichtet, daß bei neuen, der Geldentwertung folgenden Preiserhöhungen die durch die Konzentration herbeigeführte größere Wirtschaftlichkeit der Betriebe berücksichtigt wird, daß also die Preise nicht automatisch mit den Kohlenpreisen in die Höhe gesetzt werden. Bekanntlich liegt ein Beschluß des Reichskalirates vor, wonach bis zum 15. April 1922 die Kalipreise mechanisch mit den Kohlenpreisen und Frachten erhöht werden sollen.

Dazu teilt uns Genosse Sachse, freigewerkschaftlicher Arbeitervertreter im Reichskalirat, folgendes mit:

Die Kohlenklausel, die am 21. März für die Kaliindustrie beschlossen worden ist, hat, wie aus dem Beschluß hervorgeht, nur bis zum 15. April Gültigkeit. Auch dieser Beschluß ist gegen eine sehr erhebliche Minderheit gefaßt worden und hat keine Aussicht, erneuert zu werden. In der Kaliindustrie machen sich jetzt in der Tat Tendenzen bemerkbar, die bewußt auf eine Mäßigung in der Preispolitik hinwirken und die von Arbeitnehmern und Verbrauchern unterstützt werden. Die Sorge um den Absatz im In- und Ausland der hochkonzentrierten Werke nötigt dazu, möglichst geringe Preiserhöhungen vorzuschlagen, da gerade die Erfahrungen, die man mit dem Auslandsabsatz in den Jahren 1919 und 1920 gemacht hat, vor einer Ueberspannung der Preisschraube warnen. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß bei künftigen Preisfestsetzungen — und Preisfestsetzungen werden angesichts der fortschreitenden Geldentwertung in fernerer Zukunft nicht zu vermeiden sein — sich recht erbitterte Kämpfe zwischen den einzelnen Interessentengruppen abspielen werden. Selbstverständlich werden die Arbeitervertreter darauf hinwirken, durch Niedrighaltung der Preise künstlicher Düngemittel die landwirtschaftliche Produktion zu fördern und so mittelbar die Lebensmittelpreise, die eine geradezu unerhörte Höhe erreicht haben, zu beeinflussen. Aus diesem Grunde haben ja auch die Kalearbeiter für die Stillegungsverordnung gestimmt, die eine wirtschaftlichere Arbeit der Kaliindustrie ermöglichen soll und deren erste Erfolge in nächster Zeit zu erwarten sind.

„Vernunft wird Unsinn".

Als Seitenstück zu dem Artikel, den wir in der Abendausgabe vom 18. März brachten und der zeigte, wie ein der Menschheit dienliches Produkt infolge der kapitalistischen Profitinteressen einfach nicht zum Massengebrauch hergestellt wird, schildert uns ein Parteigenosse folgenden Vorfall:

In einer rheinischen Zelluloidfabrik wird in neuerer Zeit ein sogenannter Kunststoff hergestellt, der in seiner Verwendbarkeit außerordentlich vielseitig ist. Als Ausgangsmaterial dient wie beim Zelluloid Zellulose. Die Verarbeitung erfolgt jedoch im Gegensatz zu anderen Kunststoffen ohne Kampfer. Der Kunststoff wird für Kämme, Fingerhüte, Messerhefte, Revolvergriffe, Umhüllung für Automobilsteuerräder und vieles andere verwendet. Es sind auch Versuche mit Grammophonplatten gemacht worden. Diese haben sich außerordentlich bewährt.

Eine gewöhnliche Hartgummi-Grammophonplatte soll zirka 200mal zu benutzen sein, ehe sie Schäden zeigt. Solche Platten sind aber gegen Stoß ziemlich empfindlich und zerspringen leicht, wenn

sie fallen gelassen werden. Anders die Platten aus Kunststoff. Von einem Fachmann wurde uns versichert, daß die im Beamtenkasino der Fabrik benutzten Platten bereits an anderer Stelle 200mal abgespielt seien, ohne daß eine Abnutzung bemerkbar ist. Sie sind dann dem Kasino überwiesen worden und dort zu der Zeit, als uns eine Besichtigung des Betriebes ermöglicht wurde, mindestens weitere 400mal benutzt worden, ohne daß eine Abnutzung Platz gegriffen hätte. Es wurde außerdem hervorgehoben, daß die aus Kunststoff hergestellten Platten absolut stoßfest sind und beim Fallen nicht zerspringen. Die Platten stellen also das Ideal eines Gebrauchsproduktes dar, das unter den geringsten Herstellungskosten eine fast unbegrenzte Lebensdauer besitzt.

In einer Gesellschaft, die zum Wohle der Menschheit produzieren würde, wäre das ein Triumph. Anders in der kapitalistischen Welt. Uns wurde versichert, daß diese Platten absolut keinen Absatz finden können, weil die Fabriken an die Verbraucher direkt nicht liefern dürfen, die Großhändler und Agenten aber kein Interesse am Vertrieb einer Ware haben, die sich nicht abnutzt, also nur einmal verkäuflich ist. Da wird Vernunft wirklich Unsinn.

Reichswirtschaftsrat und Sachlieferungsabkommen. In einer Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrats am 22. März fand eine eingehende Aussprache über die Sachlieferungsabkommen, und zwar sowohl über das Berliner Abkommen mit der Reparationskommission wie über die Verhandlungen mit den französischen Vertretern vom 15. März 1922, die die Angleichung des Wiesbadener Abkommens an das Berliner Abkommen bezweckten, statt. Der Staatssekretär im Wiederaufbauministerium Dr. Müller gab Aufklärungen über die jüngsten Verhandlungen. Im Verlauf dieser Sitzung traf der Wortlaut der Note der Reparationskommission mit den Forderungen für die deutsche Finanzgebarung ein; die Beratungen wurden, da durch diese Note eine neue Lage geschaffen worden ist, vertagt.

Thüringen auf der Leipziger Messe. Wie vom thüringischen Wirtschaftsministerium mitgeteilt wird, war die thüringische Industrie und Geschäftswelt auch auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse, die bekanntlich die höchste Beteiligungsziffer gegenüber allen vorausgegangenen Messen aufwies, recht stark vertreten. Von jeher sind wichtige thüringische Industriezweige mit Grundpfeiler der Leipziger Messe gewesen. So haben vor allem die thüringische keramische und Spielwarenindustrie mit anderen verwandten Industriezweigen Thüringens stets ein erhebliches Kontingent der ausstellenden Meßfirmen gebildet. Auf der diesjährigen Frühjahrsmesse waren rund 700 verschiedene thüringische Firmen als Aussteller mannigfacher Fertigfabrikate vertreten. Den Hauptteil stellten dann etwa 120 Fabriken und Engrosgeschäfte für Spielwaren. Weiter hatten etwa 90 keramische Firmen Thüringens, darunter 74 Porzellanfabriken, ausgestellt. Auch die Glas- und Christbaumschmuckindustrie, die Metallwarenindustrie und eine große Zahl anderer Branchen waren unter den Ausstellern zu finden.

Moskauer Lebensmittelpreise. In der ersten Märzwoche dieses Jahres kostete eine sogenannte normale monatliche Lebensmittelration im Nährwerte von 3000 Kalorien, nach der amtlichen Statistik, 9044000 Rubel, während sie noch Anfang Februar „nur" etwa 4 Millionen gekostet hatte; gegen den 1. Oktober v. J. sind die Kosten um das Siebzehnfache gewachsen. Im einzelnen betrugen die Preise in der Berichtswoche in Tausend Rubeln: 1 Pfund Roggenbrot (400 Gramm) 58,8; Weißbrot 120; Kartoffeln 9,8; Heringe 158,8; Rindfleisch 115; Butter 863; Stückzucker 373,8; Streuzucker 221,8; Seife 231,8.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

114. Abt. Lichtenberg. Donnerstag, den 23. März, 7½ Uhr, öffentliche Versammlung bei Nimmüller, Krossener Str. 14. Thema: „Sozialerlaßgesetz und Sozialdemokratie". Referent Genosse Neymann.

7. Kreis Charlottenburg. Freitag, den 24. März, 8 Uhr, im Rathaus, Zimmer 1, Sitzung aller Abteilungsleiterinnen und Funktionärinnen. Die Abteilungsleiterinnen werden ersucht, die ausgefüllten Fragebogen mitzubringen. Erscheinen Pflicht.

Zahlstellen. Donnerstag, den 23. März, fallen die Versammlungen in Berg, Neukölln, Eden, Treptow, Friedrichshain, Schöneberg, Tegel, Friedrichshagen, Tempelhof aus. Sämtliche Ortsgruppen beteiligen sich an dem Vortragsabend der Gesamtvereinigung heute abend 7 Uhr im Saal der Juristischen Gesellschaft, Universität, 3. Thema: „Berufs- und Lebensethik". Referent Prof. Oestreich. — Gäste willkommen.

Morgen, Freitag, den 24. März:

4. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Debrodow, Swinemünder Str. 11. Zu dieser Sitzung sind die ausgefüllten Statistikkarten mitzubringen.

18. Abt. 7½ Uhr bei Rose, große Frankfurter Straße 17, 1 Tr., Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvertrauensleute, Elternbeiräte und der Genossen, die in der Wohlfahrtspflege tätig sind. Erscheinen Pflicht.

46. Abt. 7 Uhr Sitzung des Abteilungsvorstandes bei Vogler, Mittenwalder Straße 36.

126. Abt. Köpenick. 7½ Uhr bei Müller, Alter Markt, Vorstandssitzung. Die Bezirksführer haben die Kartothekkarten mitzubringen.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Die Vögel 7½ Uhr
Schauspielhaus Peer Gynt 7½ Uhr
Deutsch. Theat. 7½: Cyrano v. Bergerac Freitag 7½: Judith
Kammerspiele 8 Uhr: Anatol Freitag: Anatol
Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7½: Orpheus in der Unterwelt Freitag 7½: Orpheus in der Unterwelt
Theater i. d. Königgrätz. Str. Täglich 7.30 Uhr: Die wunderlichen Geschichten d. Kapellmeisters Kreisler
Komödienhaus Nur noch 9 Aufführung. 7.30 Uhr: Karussell mit Maria Orska, Joh. Riemann, Ralph Art. Roberts
Berliner Theat. 7.30 Einer von unsere Leut' Carl Clewing, Oscar Sabo, Leonh. Haskel, Melitta Kiefer
Central-Theater 7½ Uhr: Das Detektivmädel Deutsches Opernhaus 7½ U.: Das Hofkonzert Friedr.-Wilhelmst. Th. 8 Uhr: Dreimäderlhaus Intimes Theater 8 U.: Buhl will nicht! Die Peitsche und ..? Klein. Schauspielhaus 7½ U.: Reigen Lustspielhaus 8 Uhr: Der Werwolf Metropol-Theater 7½ Uhr: Die Bajadere Neues Operetten-Th. 8 Uhr: Lady Chic Neues Operettenhaus Schoneberg, Hauptstr. 144 8: Die blond. Mädels vom Lindenhof Neues Theater am Zoo 7½ Uhr: Scampolo Neues Volkstheater 7½ Uhr: Heuchler Schiller-Th. Charlbg. 8 Uhr: Stützen der Gesellschaft Schloßpark-Th. Steglitz Schloßstr. 4: 7½ Uhr: Phyllis Thalia-Theater 7½ Uhr: Die Herren von und zu ...! Theat. am Nollendorfpl. 3½ Uhr: Don Carlos 7½ U.: Die Ehe im Kreise Theater des Westens 7½ U.: Der Tanz ins Glück Th. i. d. Kommandant. Str. 8 Uhr: Bunbury Wallner-Theater 7½ Uhr: Die Spitzenkönigin Walhalla-Theater 7½ Uhr: Don Cesar

Tägl. Internat. 8 Uhr SCALA Varieté U. a. Harrilov m. seln. Ensemb.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 7 Uhr: König Lear
Lessing-Theat. 7 Uhr: Peer Gynt Freitag 7½: Flamme Sonnab. bis Montag 7: Faust
Deutsches Künstler-Th. Allabendlich 7½ Operetten-Gastspiel: Der geizige Verschwender (Max Adalbert)
Residenz Theat. Täglich 7½ Uhr: Eine Frau ohn. Bedeutung Triesch, Bertens, Kerfl, Sandrock, Schindler
Kleines Theater Heute 7 Uhr zum ersten Male: Das kleine Schokoladenmädchen Carola Toelle, Schönfeld, Alters, Bendow
Trianon-Theat. Täglich 8 Uhr: Der Vulkan Lustsp. v. Ludw. Fulda Eugen Burg, Olga Limburg, H. Junkermann, Schneider-Nissen
Theater d. Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: Für tot erklärt
Russ.-Deutsch. Theater „Der blaue Vogel" Geltzstraße 9 Nollendorf 1613 Anfang 8½ Uhr Vorstellung allabendlich!
Komische Oper 7½ Nur Jan. Klein Letzter Monat Die große Revue Der Herr der Welt Bruno Kastner, Sascha Gura, Wilh. Hartstein, Franz Gross, Paul Westermeyer, Lotte Werkmeister, Herta Richter, Erna Alberti
Casino-Theater Lothring. Str. 37 Tägl. 7½ Die neue Berliner Posse Familie Gänseklein Vorher: Lachende Liebe Jes.-Posse m. d. neuest. Schlager „Bumme trott" Sensat.-Neuheitstelegramm
FOLIES CAPRICE Linienstr. 132 Täglich 8½ Uhr: Die Klabriaspartie mit Genehmigung von Dir. Anton Herrfeld mit Ferd. Grünecker, R. Bergl usw.

Apollo 4 U. Theater 8 U. Nur Jan. Klein Allabendlich Natura- Russisches Ballett Der Venusberg dargestellt von 30 Tänzerinnen und Tänzern sowie Gastspiel Paul Beckers sowie eine Anzahl Variété-Sensat. Vorverkauf ununterbrochen!
Admirals-Palast 7½ Die roten Schuhe
Wintergarten Modesaison 1922 sowie der große Variété-Spielplan! Rauchen gestattet
Metropol-Variété Behrenstr. 54 Nur noch einige Tage! 7½ Uhr: Gastspiel Arnold Korff Herbert Eiper, Paul Rehkopf, Frieda Lehsdorff in der Sensations-Groteske Das Selbstmordhotel Dazu: 9 Variété-Attraktionen
Reichshallen-Theater Allabendlich 7½ Uhr u. Sonntagnachm. 3 U. Stettiner Sänger Nachmittags Pr. Dönhoff-Brettl: Anf. 7½ Uhr
Etablissement Café Zielke Friedrich- Ecke Leipziger Straße Heitere Spiele Täglich 2 Vorstell. Nachmittags 4½, abds. 7½ U. Groß. lust. Prgr.

CIRCUS BUSCH Tel. 7½. Sie auch U. Die Seeschlacht vor Helgoland Riesenschaustück „Störtebeker" der Seeräuber Neue Circus-Sensat. Vykl. Werth, Circ.
Tagesk. a. Kottb. Tor Tel. Moritz 10077 Tägl. 7½ Uhr u. Sta. nachm. 3 U. Elite-Sänger 10 Herren! Mit Komik! Kom. halb. Preise
Gewaschen mit Dixin Henkel's Seifenpulver Hergestellt von Henkel & Co. Düsseldorf

Graue Haare erhalten ihre ursprüngliche Farbe und natürlichen Jugendglanz wieder durch unseren erprobten und bewährten Haarfarbewiederhersteller „Youpla" Nur eine Flüssigkeit. Man sieht nicht, daß das Haar gefärbt ist. Frei von allen auf Kopfhaut und Nerven schädlich einwirkend. Bestandteilen. Preis einer Flasche M 32,80, M 47,80 Kopp & Joseph, Parfümerielab. Berlin W 30, Potsdamer Str. 122

Gummi-Sauger 1 M. an. Schwämme 3 M. Spritzen billig. Damenbinden, Dutzend 6.80, 7.30, Gürtel dazu 6 M. Verbandwatte 100 gr 5 und 10 M. Mullbinden, 6 cm × 5 m, 3 M. Cambricbinden, 7 m × 6 cm, 6 M. Irrigatoren, komplett 30 u. 15 M. Badethermometer 5 M. Fiebertermometer 13 und 15 M. Unterlagen, atmuchdicht, für Kinder 3 M., für Große 12 M. Hautcreme ia. 1 und 2.50 M. Zahnpasta 1.50 u. 2.50 M. Zahnpulver, gr. Karton 2 M. Mundwasser, gr. Flasche 5.50 M. Eau de Cologne, 80%, M. 8, reingrädig 15 M. Ia Franzbranntwein, Flasche 8, groß 15 M., 1 Liter 61 M. Lanolin 30 u. 50 M. Vaseline 50 M. Toilettenseifen Stück 2, 3, 4 M. A. Maas & Co., Berlin Markgrafenstr. 84, an der Lindenstr. 8–6 Uhr. Moritzplatz 8872. Gegr. 1890

Kunstspielpianos und Flügel VIRTUOLA Fußbetrieb / Elektrisch beides vereinigt ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Aufzeichnung des Künstlers und Selbstmusizierung Königlich A.-G., Leipziger Str. 119–120 1. Etage

Für Gold- u. Silber-Bruch Brillanten etc. zahlt die höchsten Tagespreise Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft Berlin — Antwerpen Bouthstraße 12 (Spittelmarkt)

Dänische Staatsangehörige in Deutschland, die im Besitze von österreichischen und ungarischen, nicht besonders gekennzeichneten und nicht schon abgestempelten Kontrolle-Obligationen sind werden hiermit aufgefordert, die genannten Obligationen zwecks Bewertung bei in den Friedensverträgen von St. Germain und Trianon vorgesehenen Abstempelung vor dem 31. März d. J. an die unterzeichnete Stelle einzusenden. Königlich Dänische Gesandtschaft Berlin NW 40, Alsenstr. 4.

Zahngebisse zerbrochene Teile, einzelne Zähne Gold ◆ Silber Bruch, Ketten, Bestecke, Barren kauft zu außerbietbaren Preisen Heinrich Trapp Handelsgerichtlich eingetragene Firma Beuthstr. 10 (Laden) am Spittelmarkt. Telephon: Zentrum 1876

Schuh-Putz Servus Terpentinware No 272 Jede 100. Dose mit wertvollem Geschenk Überall zu haben Chem. Werke Lehmann & Co. A.-G., Berlin-Lichtenberg

Krause Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr.

KUPFER und sämtl. Altmetalle Gold-, Silber-Bruch kauft zu Engrospreisen Metallhandel Pücklerstr. 5 an der Köpenicker Str. Fahrtvergütung

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde von Dr. Selma Schäfer-Auweck Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen. PREIS 4.— MK. Buchhdlg. Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 3

Wir kaufen auch kleine Mengen Altmetalle + Altpapier + Edelmetalle Wagner-Gesellschaft

Spiegelgläser Kristall u. ½ weiß, in Größen 35/20, 30/16, 26/18 kauft sofort Henkel, Burgstr. 27, Nord. 10885.

Quecksilber kauft höchstzahlend Heinrich Trapp, Beuthstr. 10 (Laden nahe Spittelmarkt)

Tuchfabrik-Niederlage H. Lamprecht, Bln.-Treptow, Bouchestr. 17 liefert Stoffe für Damen und Herren zu Fabrikpreisen. Große Auswahl in den modernsten Farben für Anzug und Paletots

Bezirksverband Berlin 179. I. Kreis (Westend) 17. Abteilung Nachruf. Unser Genosse, Postassistent Karl Laux Spenglerstr. 21 ist verstorben. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Unser Genosse Bruno Körner Donnerstr. 12 ist verstorben. Die Einäscherung erfolgt Sonnabend, den 25. März, abends 6½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung bittet 6/0 Die Abteilungsleitung. Ehre ihrem Andenken!

Bezirksverb. Berlin K. P. D. 67. Abt., Neukölln. Am 19. März verstarb an Schlaganfall im 61. Lebensjahre unser langjähriger Parteigenosse Gust. Zander Siegfriedstr. 35 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachm. 4 Uhr, auf dem Jakobi-Friedhof, Hermannstraße, statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Die Ortsleitung.

Begaubigte Abschrift. 188. P. 973. 21. 4. In der Strafsache gegen Frau Marie Thiede geb. Weinhold, in Berlin, Brunnenstr. 81, geb. am 26. März 1868 zu Kunersdorf, wegen Milchfälschung, hat das Schöffengericht Berlin-Mitte, Abt. 188, am 26. Januar 1922 für Recht erkannt: Die Angeklagte, Frau Thiede, wird wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 zu 2000 — (zweitausend) Mark Geldstrafe, hilfsweise für je 100 — (ein hundert) Mark je — einem — Tag Gefängnis Ersatzstrafe verurteilt. Amtsgericht Berlin-Mitte Abt. 188.

Ankauf Juwelen Margral & Co. Kanonierstr. 9.

Offene Füße Krampfadergeschwüre, veraltete, schmerzhafte Wunden, Entzündung, mitunter erträgl. Juden heilt die wohltuende „Orthoba Salbe" 14.50 und 8.00 M. Otto Reichel, Berlin 63 SO, Eisenbahnstr. 4.

Soeben erschien Leo Trotzki Die Rote Armee auf der Wacht (Rede auf dem IX. Sowjetkongreß am 27. Dezbr. 1921) Aus dem Inhalt: Verminderung der Armee / Der Kommandobestand / Die militärischen Lehranstalten / Wirtschaftliche Arbeit der Armee / Das Banditentum und die neue ökonomische Politik / Polen und Banditentum / Rumänien / Anhang: Resolution über die Rote Armee und die Rote Flotte / Beilage: Zwei schematische Darstellungen. Preis Mark 10.— (Organisationsausgabe Mark 5.—) Zu beziehen durch den Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley Hamburg sowie durch sämtl. Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

Achtung! Noch sehr preiswert Achtung! Oberhemden, Leinenwäsche, Sportwäsche, Einsetz- u. Normalhemden, Strumpf- und Wollwaren, moderne Krawatten Spez.: Dauerwäsche J. Altberg Neukölln, Bergstr. 155 Fil.: Berlin, Oranienstr. 199

Hasenröte, Sommersprossen Pickel, Hautunreinigk., Gesichtsröte etc., werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeschält durch echte Vaters Philipp-Schälkur, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein, à 12 M. vom Laboratorium Dresden-Zschachwitz 146, erhältlich in der Elefantenapotheke, Leipziger Straße, und in den Drogerien Bastianstr. 2, Fehrbellinerstraße 2, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstraße 76, Pankow, Friesstr. 6.

Tressen Kleider

überall, wohin immer Sie Ihr Augenmerk lenken. UND WARUM? Weil die von der Mode verlangte, fast überreiche Tressen-Verzierung den Kleidern eine so aparte und elegante Wirkung verleiht.

Zwei besonders schöne und vorteilhafte Tressenkleider zeigen wir Ihnen hier. Aber eine kaum übersehbare Fülle anderer, gleich schöner und vorteilhafter Kleider wartet Ihrer bei uns, damit Sie darunter IHR Tressenkleid wählen können.

Das Linke
ist aus schönem blauen Cheviot gefertigt mit andersfarbigem Kragen — genau wie Zeichnung — und
Reklame nur **595.-**

Das Rechte
— aus guter blauer Twillware — mit hübschem, modefarbigen Tucheinsatz, Kragen und Ärmelverstoß, sehr sauber verarbeitet
Reklame nur **995.-**

C&A

Königstr. 33 Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113 Beim Stettiner Bahnhof

Kreuzfüchse 400 M. Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber-, Weißfüchse, Luchse, Wölfe, enorm billig! Damen-Pelzmäntel 3500, Sportpelze 1500, Gehpelze 2000 M. Ferner Cutaways, Paletots, Schlüpfer jetzt 800 M. an. (Keine Lombardwaren.) **Leihhaus Moritzplatz 58a** (Größtes Spezialhaus dieser Art)

Putz' die Schuh' mit Glyzoran

Verkäufe

Ehe Sie kaufen, besichtigen Sie bitte unsere Riesen-Läger, ohne Kaufzwang, in sämtlichen Herrenkleidern, Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Stellhosen usw. in unübertroffener Auswahl und Güte bei zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind eigens für Maßanfertigung, Jahrgeld-Vergütung. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 5, direkt Rosenthalerstr. *

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Kniewanne, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt Käufe Gegenst. billiger. Friedrichstraße. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalerstr. Linienstr. 166/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Sie lieben Geld! Wenn Sie im Leihhaus Jonswald, Gerichtstr. 39, gegenüber der Städtischen Badeanstalt, Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Pelzwaren kaufen. Spottbillige Preise, keine Lombardware. *

Frühjahrsmäntel 80.—, Übergangsmäntel 175.—, Covercoatmäntel 275.—, Jumperkleider 95.—, Modellmäntel, Modellkostüme spottbillig. Riesenauswahl direkt Werkstatt. Ehrmann, Rosenthalerstraße 44, III. Hofe, Gartenhaus. *

Neuheiten, Herrenhemden, Allbettdecken, Diwanbecken, Tischdecken, Läuferstoffe, spottbillige Gelegenheiten. Potsdamerstraße 139, Fischer.

Frühjahrsmäntel, hochelegant, 475, 550, 590, 675, Frauenmäntel, Tuch und Covercoat, 195, 750, 690, Backfischmäntel 475, 525, Kostüme 490, 675, 850, 1295, Mantelkleider und Wollkleider für Damen und Backfische, elegante Seidenkleider, Faltenröcke, Jumper 295, 325, Blusen 75, 125, 170, Sommerkleider jetzt 195, 225, 325. Um Musterkollektion einzelne Modelle spottbillig. Clara Michaelis, Mauerstraße 30. *

Gardinenkäufer! Noch größeren Vorrat in Künstlergardinen, Stores, Bettdecken zu meinen billigen Preisen. Witte, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 65A, I. *

Aus Teilnahme Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Moderne Maßarbeit. Sequenz, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Kollendorfstraße 22a. Nähe Kollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Gebrüder Kranzfuchs, feinen schön, 475, prachtvoller Silberfuchs 875, außerdem Silberwolf und Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44II. Ecke Kommandantenstraße. *

Leihhaus Spiegel, Chausseestr. 7. Sonderangebot in Anzügen, Schlüpfern, Pelzwaren, Stoffen. Nur hohe Qualitäten. Enorm billige Preise. Keine Lombardware. *

Leihhaus Friedrichstraße 9 (Hakisches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots. Gelegenheitskäufe in Pelzwaren. Keine Lombardware. *

Bettwäsche billig. Letzte Gelegenheit vor weiteren großen Preissteigerungen. Deckbetten 180,—, Kissen 41,—, Laken 65,—, Hemdentuche, Inlette, Zitzen, Handtücher vom Meter noch zu wirklich alten Preisen. Große Gelegenheitskäufe für Brautausstattungen. Zentral-Bettwäschefabrik, Charlottenburg, Berliner Straße 99. Filiale Friedenau, Rheinstraße 39. Geöffnet 9 bis 7. *

Bettwäsche außerbilligst! Trotz Preissteigerung noch günstiger Einkauf. Deckbettbezüge, gute halbdaune Qualitäten, von 125,—, Laken 98,—, Inlette 250,—. Wäschestoffe, Handtücher, Bettstellen zu Engrospreisen. Riesenauswahl auch in garnierter Bettwäsche. Reelle fachmännische Bedienung. Älteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gollestraße neunundzwanzig (Halensee). *

Aus Teilnahme. Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme, diskrete Teilzahlung. Gebrüder Freiner, Oranienburgerstraße 58, Seitenflügel (am Oranienburger Tor). Geschäftszeit 8—1, 3—7. Hausnummer genau beachten. *

Stammvorrat! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen! Riesenauswahl eigener Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Verfolgungen. Spezial-Pelzverkauf im Bethbuel Warschauerstraße 1. *

„Weißer Rabe", extra starke Bettwäsche, verkauft Vorn. Reichenbergerstraße 7. *

Gardinenkäufer! Der große Andrang in den letzten Tagen veranlaßt uns — begünstigt durch unsere großen Vorräte — unserer geehrten Kundschaft zum Osterfeste noch die günstige Gelegenheit zum Einkauf zu geben, ehe die Preise ins Unermeßliche steigen. Zu Reklamezwecken verschenken wir abermals jede billige Ware. Wir bieten an und bitten um Besichtigung ohne Kaufzwang: Mehrsatzgarnituren, die große Mode, von 275,— bis 750,—, Künstlergardinen, breitteilig, in Englischtüll, Erbstüll und Etamine, neueste Ausführungen, von 160,— bis 580,—, Gardinenstoffe, Friedensqualität, doppelbreit, von 82,50 bis 95,—, Halbstores, mit Klöppel- und Filetteinsätzen, von 195,— bis 430,—, Bettdecken, ein- und zweiteilig, gute feinste verarbeitet, von 295,— bis 560,—, Tischdecken, Diwandecken, Brücken, Bettvorlagen. Große Spezialgardinenhaus Weininger & Co., Große Frankfurterstraße 154, erste Etage. Am Strausberger Platz (nahe Andreasstraße). Gutschein über 5 Prozent Extrarabatt auf jeden Einkauf.

Bettwäsche billigst! Nur noch diese Woche! Wirklich billige Angebote. Deckbettbezüge 98,—, Kissen 26,50, Bettlaken 74,— an. Federbiche Inlette 400,—, Prima Ueberschlaglaken 238,—, Gardinen, Wäschestoffe, Damast, enorm billig! Bettwäschefabrik Prenzlauerstraße Ecke Danziger Straße (Nähe Prinzenstraße). Geöffnet bis 7.

Musikinstrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 140.

Fahrräder

Markenfahrräder, allerbilligste Bezugsquelle, Schlaue, Weinmeisterstraße vier. *

Möbel

Möbel werden teuer! Wer wirklich solide und trotzdem preiswerte Möbel sucht, besichtige unbedingt mein großes Lager in kompletten Zimmer-Einrichtungen, eleganten Küchen, Einzelmöbeln und Sofas. Besichtigung lohnt. Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstr. 6, am Kottbuser Tor. *

Metallbetten 200,—, Chaiselongues 190,—, Matratzenzeugen, Bettfederauflagen, Kinderbettstellen, Weiße, Kuchenstr. 32a, Quergebäude. *

Möbel-Boebel, Oranienstraße 58, Marienplatz, Fabrikgebäude. Noch billige Preise für Nußbaummöbel, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchenmöbel, Sofas, Ruhebetten. Besichtigung erbeten.

Kaufgesuche

Goldsachen, Wertgegenstände, Pfandscheine kauft zu hohen Preisen Germann, Berlin W. 15, Uhlandstraße 32, vorn 3. Etage. Keine Zeben. *

Fahrradankauf, Linienstraße 12. 1488*

Silberschmelze Chilipalast, Köpenickerstraße 70a (gegenüber Mantuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1431*

Pfandscheine, Wertgegenstände, Wäsche, Waren aller Art kauft Joseph, Braunsbergerstraße 4. *

Verschiedenes

Versicherungsrente Auskunft, Untersuchung, diskret, langjährige Erfahrung, gewissenhafte Behandlung. Damen, Frau Zeiden, freiärztlich geprüft. Fruchtstraße 35, vorn III links (direkt Schlesischer Bahnhof). *

Hierdurch erkläre ich, daß die von mir aufgestellte Behauptung, die Streikleitung des Kartells der Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe sei von den Unternehmern mit 30 000 Mark bestochen, jeglicher Unterlagen entbehrt. Ich nehme diese Behauptung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Trombach.

Vermietungen

Mietgesuche

Möbliertes Zimmer, Nähe Hallesches Tor, von jungem Parteigenossen gesucht. Angebote unter F. 28 an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Gesucht auf Polsterstelle verlangt H. Schack, Ackerstraße 97. 1583

Heimarbeiterinnen für Handtuchwaschblusen erhalten Beschäftigung. Meldungen von 9—1 Uhr mit Probearbeit. A. Wertheim, Oranienstraße 32.

Putzarbeiterinnen sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags od. 5—6 Uhr abends i. d. Personal-Verwaltung. **A. Jandorf & Co.** Belle-Alliancestr. 1-2

Lehrmädchen zur Erlernung der Putzherstellung (Putzfabrikation) **Ad. Rosen,** Stralauerstraße 10

Gürtelwerkerinnen (ohne bügeln) verlangen **Gebrüder Priester** Spandauer Straße 36.

1 Rohrleger und 1. Helfer sofort für Gas u. Wasser ges. **Anstalte Großer & Klein,** Berlin-Wilmersdorf, Graf-Rödern-Allee.

Perfekte 22/17 Aufzeichnerin für Gummischen sucht Angerer, Koch & Co. A.-G. Oranienstr. 185

Perfekter Herausschneider für Maschine sofort gesucht 28 19 Angerer, Koch & Co., A.-G., Oranienstr. 185

Marmorarbeiter 20 Steinmetze und 20 Maschinen- u. Handschleifer für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Stundenlohn für Steinmetze Mk. 1.8.—, Schleifer Mk. 17.50. 1387* **Jakob Gruber** Steinmetzmeister Naturstein-Industrie W 35, Potsdamer Straße 123b

Mehrere jüngere Näherinnen suchen für die Schirmfabrikation **Remak & Silber** Linden-Str. 71/72

ZZ Botenfrauen u. Männer werden an den neuen, sehr kurz erhöhten Löhnen eingestellt.

Ackerstr. 174 (Rappenplatz), Dörnwaldstraße 42, Bastianstraße 7, Boxhagener Straße 61, Greifenhagener Straße 22, Immanuelkirchstraße 21, Lausitzer Platz 14/15, Silberstraße 1, Marienstraße 56, Müllerstraße 34a, Petersburger Platz 4, Prinzenstraße 51, Stralauer Straße 37, Waldstraße 9, Wilhelmshavener Str. 45

Berlinerstraße, Rüdersdorfer Straße 10, **Lichtenberg,** Wartenbergstraße 1, **Neukölln,** Ackerstr. 1 und Siegfriedstr. 28/29, **Niederschöneweide,** Brückenstr. 10, **Niederschönhausen,** Tessenowstraße 27, **Schöneberg,** Belziger Straße 7, **Tempelhof,** Kaiser-Wilhelm-Straße 13.

Putz. Tüchtige Zuschneiderinnen u. Garnierinnen in und außer dem Hause bei hohem Gehalt sofort gesucht. **Frank & Lehmann Siegmund Hangen G.m.b.H.** Waldstraße 11/12. 28/18

Stellengesuche

1. Redakteur (SPD.) frei! Wegen Umstellung des Betriebes suche für den leitenden Redakteur der „Swinemünder Volkswacht" eine andere Position. Ich empfehle ihn als einen Mann von Können und Wollen, als guten Arbeiter, produktive Arbeitskraft mit reifem Urteil und starkem Organisationstalent. Ang. unter R. an 151/6 **Verlag: Otto Jensen, Swinemünde.**